

# Dokumente zum Dorfstreit in Münster

## 1841-1843

Herausgegeben von  
Josef BIELANDER

### I

Die Akten, die sich mit diesem Fall befassen, sind im Staatsarchiv in Sitten zu finden (D. I. 42, 2). Die mir zur Einsichtnahme überlassenen Dokumente wiesen auf ein Begebnis, das ganz der Erinnerung entschwunden war. So ergab jedenfalls eine Nachfrage. Es stellte sich daher die Frage, ob es opportun, ja geradezu erlaubt sei, sie zu veröffentlichen, da damit die Gefahr verbunden war, daß alte Gegensätze wieder aufleben könnten. Die Beruhigung kam von Münster selbst und zwar von verschiedener Seite.

Die hier veröffentlichten 40 Urkunden sind, wie man sehen wird, Schreiben der Behörden von Münster an den Staatsrat, Schreiben von Rekurrenten an die Staatsbehörde und Antworten der Regierung, sowie Berichte von Kommissären, die in dieser Streitangelegenheit nach Münster beordert wurden. Eine Rechnung beschließt, wie so oft, das Aktenbündel, und eine Quittung zeigt, daß der Fall offiziell abgeschlossen war.

Problem war, ob dieses Material so verwertet werden sollte, daß man den ganzen Fall zu einer belegten Geschichte gestaltete, oder ob es nicht besser sei, vorerst einmal die Texte in ihrem Wortlaut zu publizieren, dem Leser die Möglichkeit belassend, sich selbst die Zusammenfassung zu gestalten, um dann einem Dorfhistoriker die Möglichkeit zu geben, bei der Behandlung jener Zeit diesen speziellen Fall einzubauen, wodurch die Zusammenhänge nicht künstlich geschaffen, sondern organisch gegeben sind. Man fand aber, bis jene Zeit eintreffe, in welcher die Ortsgeschichte geschrieben werde, sei es nicht abwegig, sondern viel eher dienlich, von diesem interessanten Streitfall zu berichten.

## II

Im Herbst/Winter 1841 hatte der Staatsrat angeordnet, einen Beschluß aus dem Jahre 1817 betr. Gesundheitspolizei des großen Hornviehs in Kraft zu setzen, bezw. dessen Anwendung in die Wege zu leiten. Wie sich aus den Akten, Sitzungen des Staatsrates, ergibt, gab es an verschiedenen Orten gegen diesen Beschluß Opposition, so z. B. in Leuk und Mund. Es scheint aber, daß man sich dann fügte, jedenfalls ergeben die Quellen nur den Fall von Münster, der eine ungeahnte Ausweitung erfuhr und auch sogleich in eine ganz andere Thematik verfiel <sup>1</sup>.

Aus dem ersten Schreiben ist ersichtlich, daß es Unruhen gab, daß man unehrerbietig über die Behörden, auch über die kantonalen Behörden loszog, daß daher die Ortsvorsteher um Schutz nachsuchten und ihre Amtsführung einstellten, wenn man ihnen nicht Hilfe gewähre. Zu Münster hatten sich auch Leute von Geschinen und Ulrichen gesellt, was angesichts des zusammengehörenden Kirchspiels verständlich war.

Auf das Ende 1841 an den Staatsrat gesandte Schreiben der Ortsbehörden antwortete der Staatsrat bereits am 4. Januar 1842, mahnte zur Ruhe und Botmäßigkeit, begründete die Fundiertheit des Beschlusses vom 25. August 1817 und desjenigen vom 17. Dezember 1841 wegen der Regelung der Gesundheitspolizei des Hornviehs, ließ aber keinen Zweifel aufkommen, daß, falls man sich nicht füge und in Ordnung lebe, die Zentralgewalt von Sitten aus mit allen Mitteln zum Rechten sehen werde. Vorläufig wurde gegen die Unruhestifter ein Gerichtsverfahren eingeleitet, die Behörden hatten ihre Funktionen beizubehalten und zu amtieren, die Bekanntmachungen waren wieder anzuschlagen und den Räten der genannten Gemeinden wurde auferlegt, unverzüglich eventuelle neue Unruhen zu melden. Den Aufrührern wurden die entsprechenden Folgen angedroht, in Aussicht gestellt.

Die wichtigste Person in Münster war in diesem Zusammenhang der Lehrer Josef Anton Lager, dem das Amt eines Viehinspektors zugefallen war, und der auch als Gemeindeschreiber in den Diensten der Gemeinde stand — nach seiner Schrift und seinem Stil übrigens wohlverdient. Dieser

<sup>1</sup> Die Protokolle über die Staatsratssitzungen erwähnen den Fall Münster mehrmals, indem beschlossen wird, Kommissäre zu ernennen und nach Münster zu senden. Auch werden die eingelaufenen Schreiben behandelt. Nach einer Niederschrift vom 7. September 1841 wurde krankes Vieh aus Graubünden eingeführt, und daher sollte im Goms eine Wache eingesetzt werden auf Kosten des Staates. Der erste Gesundheitsbezirk hätte bestanden aus den Zenden Visp, Goms, Brig, Östlich Raron und Raron, wobei es eine Unterteilung gegeben hätte: Goms und Mörel, Brig und Visp.

Funktionär ließ sich den Aufruhr nicht gefallen, dankte ab, wollte auch keine Schule mehr halten. Man wählte an seine Stelle 2 andere Lehrer, die aber unfähig gewesen seien. Und so verlangten die rechtmäßigen Behörden von Münster, die Regierung solle in Anwendung ihrer Order, daß die Behörden weiter im Amt zu bleiben haben, auch den Schullehrer veranlassen, weiter Schule zu halten.

Der Gemeindepräsident Valentin Bacher mußte dem Staatsrate am 14. Januar 1842 mitteilen, daß die Ruhe nicht eingekehrt sei, daß auch die Intervention des Berichtstellers Viktor Jost nicht gefruchtet habe. Es hatten sich bereits zwei Fronten gebildet: Hie Gemeinderat und Gemeindefunktionäre, hie Opposition, die denn auch gar nicht etwa nur im Stillen operierte, sondern zum Angriff auf den Rat überging, wie es das Schreiben vom 17. Januar 1842, das von einer ansehnlichen Gruppe von Bürgern unterzeichnet war und die Gunst des Großkastlans Eugen Weger besaß, dartut. Inzwischen waren von Sitten Kommissäre eingesetzt worden, und an diese richtete sich Lehrer Josef Anton Lagger, um ihnen mitzuteilen, daß er unter den obwaltenden Umständen nicht als Lehrer fungieren könne und wolle.

Die Herren Kommissäre bekamen aber nicht nur diesen Standpunkt zu lesen, sondern am 24. Januar 1842 wandten sich 81 Bürger von Münster an diese Kommissäre, verlangten nicht mehr und nicht weniger als die Einsetzung einer provisorischen Behörde, da sie mit der gewählten nicht einverstanden waren. Der Staatsrat bestand aber darauf, daß die gewählten Behörden als die rechtlich einzig richtigen anzuerkennen seien, ermahnte zu Vernunft und Einsicht, schloß nicht aus, daß die Klagen geprüft werden. Der Zendenpräsident Klemens Wellig aus Fiesch versuchte, die Parteien zu einigen, und gemäß einem Versöhnungsakt vom 31. Januar 1842 konnte denn auch dem Staatsrat gemeldet werden, man habe Frieden geschlossen, was der hochw. Herr Ortspfarrer Ignaz Mengis mit «größtem Vergnügen» bescheinigte.

Einen zusammenfassenden Überblick gibt der Bericht der beiden Kommissäre Antoine de Lavallaz und Joseph Loretan von eben diesem 31. Januar 1842. Man wird gut tun, diesen Bericht zu lesen, denn am 1. Hornung 1842 ersucht der Gemeinderat um Entlassung aus dem Amt und um Neuwahlen, damit Männer an die Spitze kommen, die das ungeteilte Vertrauen genießen und die Wohlfahrt bestens befördern mögen.

Der Zendenpräsident kann am 2. Februar 1842 dem Staatsrat mitteilen, daß der Gemeinderat aber doch bereit sei, im Amte fortzufahren. Er kann auch angeben, wie er es angestellt hat, um zur Einigung der Parteien zu gelangen. Er hält in einem Sonderbillett daran, dem Staatsrat auch mit-

zuteilen, daß in Münster vollkommener Friede herrsche, und daß man den dortigen Vorstand anerkannt habe und zwar als ehrlich.

Die ganze Frage, die Verantwortlichen zu finden und zu richten, wie auch sie anzuhören und darüber zu befinden, taucht am 22. Februar 1842 im Großen Rat auf, wo dem Staatsrat hiezu vollste Kompetenz eingeräumt wird, die der Staatsrat angesucht hatte, um gegen evtl. neue Unruhen gesichert zu sein, obwohl er hoffte, keine ungewöhnlichen Maßnahmen anwenden zu müssen.

Die *Pax Monasteriensis* dauerte aber nur kurze Zeit, denn am 3. März 1842 mußte der Gemeindepräsident Valentin Bacher wieder ein Schreiben an den Staatsrat richten, in welchem er von erneuten Unruhen melden sollte, diesmal wegen der Rechnungsführung in der Gemeinde. Man würde gerne Rechnung abstaten, wie es sich gehört, aber so wie es zugehe, gelinge das nicht, der Staatsrat möge jemand heraufschicken, der den Vorsitz führe, damit man sicher abrechnen könne. Am 9. April 1842 fand dann die Rechnungsablage statt, aber sie war nur möglich gewesen, weil Zendenpräsident Klemens Wellig sich wieder zur Verfügung gestellt hatte. Um was es bei allem geht, liest man im Schreiben des Gemeindevorstehers Valentin Bacher vom 31. Mai 1842.

Der Staatsrat ließ sich nicht beeindrucken vom Friedensschluß und den neuen Gewalttaten, sondern schritt nun energisch ein, ordnete verschiedene Maßnahmen an (6. Juni 1842).

In der am 20. Brachmonat 1842 angesetzten Gemeindeversammlung anerkannten 71 Bürger provisorisch den Gemeinderat, 3 unbedingt. Es ging an der Versammlung sehr laut zu, wie es Josef Anton Lagger meldete und festhielt. Münster hatte damals 103 stimmbfähige Bürger.

Der Staatsrat griff nun durch: Er sandte die Kommissäre Staatsrat de Rivaz und den Polizeikommandanten de Nucé, die mit den Leuten nicht lange Federlesens machten und verlangten, die Exekutivbehörde müsse nun energisch eingreifen, wenn man das Monstrum der Anarchie bändigen (*dompter*) und den Übeln steuern wolle, die ein solcher Zustand nicht nur für Münster, sondern für den ganzen Kanton nach sich ziehen müßten. In diesem Bericht der Kommissäre wird auch angedeutet, daß die Ratschläge an die Aufrührer von Auswärtigen kommen. Tatsächlich ist es unmöglich, die Drahtzieher zu ermitteln.

Über welche Wege es ging, sagen die Akten nicht, aber am 2. Juli 1842 konnte Herr Großkastlan Eugenius Weger dem Staatsrate melden, man sei in Münster zum Frieden bereit, und er empfehle die Leute in die väterliche Großmut, Milde und Schonung der Regierung.



Am 3. Juli 1842 berichtete der Gemeindepräsident von Münster, Valentin Bacher, daß die Streitpunkte erledigt seien, und daß auch er die verirrtten Untergebenen der väterlichen Gnade und Großmut des hochweisen Staatsrates empfiehlt. Die Schuldigen sind bereit, sämtliche Kosten zu tragen.

Der Staatsrat hatte ein Einsehen, stellte daher die bereits über Münster verhängte Militär-Okkupation ein, würde sie aber sogleich wieder anordnen, falls man die Bedingungen nicht erfüllte<sup>2</sup>. Unter allen Umständen aber werde die gerichtliche Untersuchung einsetzen, um die wirklich Schuldigen zu ermitteln und zu bestrafen. Die Unterwerfungsurkunde ist datiert vom 8. Juli 1842 und lautet auf vorbehaltlose Annahme der Bedingungen. Ein Protokoll gibt Aufschluß über die erfolgte Abstimmung und den Verlauf der Versammlung. Da eine Bedingung gelaute hatte, die in diesem Zusammenhang aufgelaufenen Kosten müssen verbürgt werden, stellten sich Großkastlan Eugenius Weger, Franz Josef Lager und Ferdinand Lager bis auf Fr. 250.— als Bürgen. Aufschluß über alle Maßnahmen und Verhandlungen gibt der Rapport von Kommissär de Nucé, Polizeihauptmann des Wallis, aus welchem man ersieht, daß der Abgesandte des Staatsrates sich seiner Aufgabe mit fester Hand entledigte.

Die weitere Korrespondenz betrifft die Erledigung des Falles auf möglichst gutigem Wege.

Die Kosten machten Fr. 233.65 aus, wurden bezahlt, wie eine Notiz ergibt, die als einzige im Gemeindearchiv in Münster zu finden sei, wie Hochw. Herr Pfarrer Garbely selig mitteilte. Die angeordnete Untersuchung über den ganzen Fall hinterließ keine auffindbaren Akten, und es weiß auch niemand etwas davon.

Die letzten Nachwehen ersieht man aus einem Schreiben des Gemeindepräsidenten Valentin Bacher vom 17. Januar 1843, dem die Neuwahlen sichtlich auf dem Magen lagen.

<sup>2</sup> Aus den Protokollen des Staatsrates ergibt sich auch, daß die militärische Besetzung keineswegs eine leere Drohung war, sondern es wurden aufgeboten: « Compagnies de carabiniers Nr. 2, de chasseurs Nr. 2, de fusiliers de 2<sup>e</sup> et de 5<sup>e</sup> section, sous le commandement de M. le commandant Defayes. » Herr Duc werde ihn assistieren als « Adjudant major ». Die Truppen sollen am 9. Juli in Sitten sein. Als Kommissäre werden kein geringer als der bekannte Politiker Dr. Barman und Herr François de Kalbermatten bestimmt. Da Herr von Kalbermatten aber die Aufgabe nicht übernimmt, wird an seiner Stelle Dr. Ganioz zum Kommissär ernannt.

Weil dann aber inzwischen die Unterwerfung erfolgt war, beschloß der Staatsrat am 8. Juli 1842, das Pikettaufgebot und den Marschbefehl einzustellen.

### III

Die zur Verfügung stehenden und hier veröffentlichten Dokumente erlauben keine endgültige Antwort darauf, ob es sich bei den Unruhen in Münster um eine Episode in der Ortsgeschichte handelt, oder ob sie im Zusammenhang stehen mit den gewaltigen Auseinandersetzungen jener Zeit, die um die politische Neugestaltung, speziell um die neuen Verfassungen gingen<sup>3</sup>.

Wir befinden uns in jener Gegend, von der P. Sigismund Furrer in der Statistik vom Wallis (im Band 2 seiner «Walliser Geschichte») auf Seite 52 schreibt: «Da lebt ein freies, reinbewahrtes und ungezähmtes Volk, in dessen Charakter, wie Sprache, vieles von der rauhen, felsigen, aber grandiosen Natur seines Landes liegt. Dieses Völklein zeigt in der dünnen, reinen und kalten Bergluft einen kräftigen Körperbau, und in ihrem Gemüte liegt etwas Stolz und Unbeugsames, wie in ihrer deutschen Sprache, welche an die der Urkantone und des Tirols erinnert. Wer sollte glauben, daß dieser einsame, entlegene und rauhe Erdwinkel einmal ein Schauplatz von Kampf und Streit und blutigen Taten gewesen ist? Und doch wurde hier die Unabhängigkeit des Wallis von den kühnen Gebirgsbewohnern gegründet.»

Die Dokumente von Münster deuten in ihrem Anfang auf eine Auflehnung gegen die Obrigkeit und die Zentralgewalt hin, und es wäre denkbar, daß der Geist gewirkt hätte, wie ihn Furrer eben schildert. Man darf nicht vergessen, daß aus den einst sehr selbständigen Zenden Bezirke geworden waren mit einer ganz andern Behörde, als sie bis jetzt bestanden hatte (das Meiertum geht unter und es kommen der Bezirksrat, der Bezirkspräsident, der Großkastlan, alles Neuschöpfungen, die unsern Leuten nicht eben genehm waren). Den großen Wandel deutet wieder Furrer an, wenn er im selben Werk auf das hinweist, was er im ersten Bande ausführlich dargetan hatte, nämlich, daß statt der vielen Gesetze, die nun erlassen werden, früher die Gewohnheiten standen, die alle kannten und verstanden, während jetzt Institutionen auftauchten, welche unsern Leuten ganz fremd waren. Man denke an die Art der Steuern (der «Trabütt»), an die neue Gemeindeorganisation und vieles mehr<sup>4</sup>. Es ließe sich denken, daß gerade diese Umgestaltungen weitgehend mitbestimmend waren, sich hier widerspenstig zu zeigen.

<sup>3</sup> Als Literatur sei zu diesen Fragen angeführt, speziell auch, weil die Autoren selber weitverstreute Quellen angeben: Raimund Loretan, *Das Gemeinderecht des Kantons Wallis*, Diss. Freiburg, 1911, Manuskript; Franz Seiler, *Die Anfänge der modernen Demokratie im Kanton Wallis*, Brig, 1921; Werner Kämpfen, *Ein Bürgerrechtsstreit im Wallis*, Diss. Bern, 1942; Leopold Bortler, *Kirche, Klerus und Staat des Wallis von 1839–1849*, Diss. Freiburg, 1962; Paul de Courten, *La commune politique valaisanne*, Diss. Fribourg, 1929.

<sup>4</sup> Vgl. A. Gattlen, *Das Finanzgesetz von 1851 und die militärische Besetzung der Rarner Schattenberge*, in *Vallesia*, Band 6, 1951, S. 153–177.

Da die neuen Strömungen nicht eben im Gedankengang der *Gomesia catholica* gingen (die Obergommer haben für sich, daß sie bei der Vertreibung der Kapuziner nicht dabei waren) und da man die « Untern » aus der Zeit der französischen Invasion in sehr schlechter Erinnerung hatte, brauchte es nicht viel, um das Volk gegen das Neue und seine Vertreter aufzuhetzen — im übrigen nicht einmal immer zu unrecht. Daß die Zentralgewalt nicht mit sich spielen ließ und die starke Faust zeigte, ist verständlich, denn es ging ja bei ihr selbst um Sein oder Nichtsein.

Weiß man nicht, welche Einflüsse von außen mitbestimmend waren, wie es in dem einen oder andern Bericht heißt, daß solche wahrzunehmen waren, so weiß man noch weniger, wieso es auf einmal vom Hornvieh und der Gesundheitspolizei zu vollständig andern Fragen kam.

Aufschluß wird man wohl erst erhalten und das Licht wird auf diese noch dunklen Stellen fallen, wenn einmal die Geschichte des Bezirkes Goms geschrieben, oder die Biographie der Männer, die hier auftreten, bearbeitet wird, so z. B. die des Bezirkspräsidenten Klemens Wellig, der wenige Jahre später Staatsrat wurde<sup>5</sup>.

Vorläufig bleibt dieser Sturm episodenhaft allein; seine Darstellung mag aber dazu dienen, daß Leute, die sich um unsere Geschichtsforschung interessieren, aber Mühe hätten, lateinische Urkunden zu lesen, im 19. Jahrhundert Stoff für ihre Arbeiten suchen und in unglaublicher Menge finden. Dieses Jahrhundert ist noch sehr wenig erforscht, und es wäre gut, wenn auch Oberwalliser Forscher das Tor durchschritten, das von der Zeit vor der französischen Invasion in die neue Epoche führt, die nun einmal die Zeit unserer Väter und Großväter war. Die bereits zitierten Arbeiten und andere beweisen, daß es sich um ein sehr dankbares Feld handelt.

J. B.

<sup>5</sup> Clemenz Wellig, Staatsrat 1848—1850, Regierungsstatthalter von Goms 1857. — Andere Namen aus jener Zeit: Johann Josef Walther (1797—1880), von Selkingen, Großkastlan und Regierungstatthalter von Goms; Alphons Walther (1836—1898), von Selkingen, Staatsrat 1873—1893.

[Münster, den 28. Dezember 1841]. — Klagebrief der Ratsherren von Münster  
und einiger Personen von Ulrichen und Geschinen an den Staatsrat

Ein bedauerungswürdiger Vorfall, der sich gestern als am 27. dieses Monats hier ereignete, und unsere Gemeinde zum Schauplatze des öffentlichen Aufruhrs wider Staats- und Gemeindsbehörden machte, legt es uns zur strengen Pflicht auf, die Hohe Staatsbehörde davon in schnelle Kenntniss zu setzen.

Laut beigelegtem Akte ersehet Hochderselbe, daß die Gewaltshaber der löblichen Gemeinden Münster, Geschinen und Ulrichen nach Vorschrift des Abschlusses betreffend die provisorische Aufstellung einer Gesundheitspolizei für das große Hornvieh, sich am 19. dieses hier in Münster versammelt und zu dem Amte eines Aufsehers den hiesigen Gemeindsschreiber Herrn Joseph Anton Lager ernannt haben. Kaum wurde diese Vollziehung der staatsrätlichen Verordnung bekannt, als daraus einige gegen die bestehende Ordnung der Dinge immer eifernde Unruhestifter Gelegenheit nahmen, das Volk durch verschiedene Lügengerüchte gegen die Vollziehung der betreffenden Gesetze aufzureizen. Und so kam das boshafterweise angefachte und angelegte Feuer gestern am 27. dieses Monats nach dem öffentlichen Gottesdienste auf offenem Platze zum Ausbruch, wozu die öffentliche Äußerung eines dieser Unruhestifter, daß diejenigen gebrandmarkt werden sollten, welche solche Gesetze erlassen, das Zeichen gegeben haben soll. Alsogleich geriet der anwesende Volkshaufen in Wut, beschimpfte und bedrohte den Vorstand, erhob ein Geschrei von Lästerungen gegen die oberste Staatsbehörde, und der Vorstand hat es wohl nur dem klugen Benehmen, daß er sich hinterzog, zu verdanken, daß nicht Tätlichkeiten an ihm verübt worden sind; denn er wurde sogar gezwungen, die *Anschlagung* wieder abzunehmen.

Bei der Unmöglichkeit, daß der Vorstand Münster bei solcher Verhöhnung ihrer Pflichterfüllung länger ihrem Amte vorstehen kann, wenn nicht kräftige Maßregeln zur Wiederherstellung gesetzlicher *Ordnung* getroffen und in Zurechtweisung der Unruhestifter, die sich höchstens auf *vier* bis *fünf* belaufen, und leicht zu ermitteln sind, ein warnendes Beispiel aufgestellt wird, so geht hiemit von dem gesamten Vorstande Münsters die Anzeige an den Hohen Staatsrat, daß derselbe sich einmütig entschlossen habe, seine Verrichtungen *provisorisch* so lange einzustellen, bis ihm von Seite Hochdesselben entweder die gänzliche Entlassung oder die bestimmte Weisung zur Fortsetzung ihres Amtes, verbunden mit gehöriger Unterstützung, werde zugekommen sein. Indem sich unter den gröblich Beschimpften auch der unter-

fertigte Gemeindsschreiber, zugleich Schullehrer von hier, befindet, so wird durch Abgabe des Schullehreramtes nun auch hiesige Schulanstalt verwaist.

Mit besonderer Hochachtung und in Erwartung baldmöglichster Beförderung dieser Angelegenheit unterzeichnen wir uns, Guntern, Kastlan von Münster; Bacher, Präsident; Sebastian Werlen, Vize-Präsident; Valentin Lagger, Vorsteher; Johann Joseph Lagger, Beisteher; Anton Garbely von Ulrichen; Christian Garbely, Kastlan von Ulrichen; Anton Lagger, Gemeindsschreiber und Schullehrer von Münster. Unter den nämlichen Befugnissen obiger Mißhandlungen verlangt das nämliche von Geschinen: A. Weger.

(Orig., eigenh. Unterschriften)

2

**Sitten, den 4. Januar 1842. — Schreiben des Staatsrates an die Bürger  
der Gemeinden Münster, Geschinen und Ulrichen**

Durch böswillige Einflüsterungen einiger Feinde des allgemeinen Friedens und der öffentlichen Ordnung irregeleitet, hat sich ein Teil der Bevölkerung der löblichen Gemeinden Münster, Geschinen und Ulrichen am 27. letzten Dezembers in Münster zu einem höchst strafbaren Auftritte verleiten lassen. Nicht nur wurden die Gemeindebehörden in Ausübung ihrer Amtspflicht durch einen Volksauflauf gehemmt, bedroht und genötigt, um Tätlichkeiten zu vermeiden, die bereits begonnene Vollziehung gesetzlicher Anordnungen der höchsten Landesbehörde einzustellen, und ihre Stelle zu räumen, sondern unter der aufgeregten Menge erhoben sich Stimmen, welche sich erfrechten, in Schmachreden gegen Kantons- und Gemeindebehörden auszubringen. So strafbar auch diese Handlungen an sich sind, so will der Staatsrat selbige nicht als einen wohlbedachten Ausdruck Eueres Willens, als einen absichtlichen Ungehorsam gegen die Obrigkeit, sondern vielmehr als einen zwar sehr tadelhaften aber unüberlegten Schritt betrachten, zu welchem das Volk von einigen, nur wenigen Aufrührern und Ruhestörern getäuscht, verführt wurde.

Solche Urheber der Unordnung benutzen zu ihrem ahndungswürdigen Zwecke die unredlichsten Mittel, welche nur zu häufig angewendet werden, um Zwietracht und Gärung in der Mitte friedlicher und ordnungsliebender Bürger einzupflanzen. Sie streuen absichtlich Unwahrheiten aus, verbreiten den Wahn und Betrug, dichten der Obrigkeit falsche und böse Absichten zu,

und sind stets bemüht, nicht nur das Zutrauen zu derselben zu untergraben, sondern selbige sogar als Feinde und Bedrücker des Volkes zu verleumden.

Teure Mitbürger! Ein ruhiger Blick auf die Veranlassung der beklagungswürdigen Ereignisse vom 27. letzten Monats muß Euch überzeugen, daß man gesucht hat, Euch mit eben diesen frevelhaften Mitteln zu hintergehen; denn wenn ja eine Maßregel ausschließlich zum Besten des Volkes ohne den mindesten Nutzen der Staatskasse, ohne Vorteil für die Behörde angeordnet wurde, so ist es der Beschluß der Regierung vom 17. Dezember 1841, welcher übrigens keine neue Verfügung enthält, sondern nur die von dem Staatsrate schon am 25. August 1817 auf ausdrücklichen Befehl des Landrates erlassenen Verordnungen in betreff der Gesundheitspolizei des Viehes, in Vollziehung zu setzen befiehlt.

Es kann hier nicht der Ort sein, die dringende Notwendigkeit, die Vorteile und die Zweckmäßigkeit der angeordneten Verfügungen zu entwickeln. Die den Behörden absichtlich feindlichen Eiferer würden die unumstößlichsten Gründe zu keinen bessern Gesinnungen bringen, und der ruhig überlegende, obschon augenblicklich hintergangene Biedermann kehrt bei dem Gedanken zur Pflicht zurück, daß die von der Regierung mittelst Beschluß vom 25. August 1817 vorgeschriebenen Maßregeln das allgemeine Wohl bezwecken, indem selbige zur Beförderung und Sicherstellung der Viehzucht und des Viehhandels, dieses so wichtigen Zweiges des öffentlichen Wohlstandes in unserem Kanton, angeordnet wurden.

Sie enthalten übrigens nur die unerläßlichsten Vorschriften, um einerseits es möglich zu machen, der Verbreitung einer Viehseuche, falls eine solche im Kanton ausbrechen sollte, einige Schranken zu setzen; anderseits diejenigen Nachbarstaaten, mit welchen unsere Angehörigen einen Viehhandel treiben, zu beruhigen, und den dem allgemeinen Verkehr so schädlichen Viehsperren derselben, soviel als möglich vorzukommen. Der staatsrätliche Beschluß hat keinen andern Zweck, als durch Vorsorge für die Gesundheit des Viehes und für die Beförderung des Handels den Wohlstand der Bürger zu erhöhen.

Diese Sorgfalt fand aber nicht allgemeine Anerkennung; wir wissen, teure Mitbürger, daß in Euerer Mitte Förderer des Widerstandes gegen obrigkeitliche, väterliche Befehle, selbige in einem ganz andern Lichte darzustellen suchten, der Regierung unedle Absichten zumuteten, und die vorgeschriebenen Gesundheitsmaßregeln als eine Anbahnung zu einer dem Volke lästigen Bestimmung ausschrien.

Die Regierung ist überzeugt, daß es genügen wird, diese vorsätzlich böswilligen und lügenhaften Gerüchte zu enthüllen, um die verleitete Bevölkerung der löblichen Gemeinden Münster, Geschinen und Ulrichen zu beruhigen und zur gesetzlichen Ordnung zurückzuführen. Sie hegt die Hoffnung,

daß dieselben in reuevoller Anerkennung ihres Fehltrittes, die den Kantons- und Gemeindebehörden gebührende Achtung erweisen, und den ihnen schul- digen Gehorsam leisten werden. Von dem Gefühle seiner Pflicht durchdrun- gen, wird der Staatsrat, wenn Nachsicht und ein warnendes Wort diesen Zweck nicht erreichen sollten, kein Bedenken tragen, das mißkannte Ansehen der Behörden, sowie die gestörte öffentliche Ordnung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln herzustellen und der beleidigten Obrigkeit vollständige Ge- nugtuung zu verschaffen.

In der erfreulichen Erwartung aber, daß das ordnungsmäßige Benehmen von nun an der Bürger von Münster, Geschinen und Ulrichen den Staatsrat hievon überheben werde, bedauert er, das Geschehene nicht ganz der Verges- senheit übergeben zu können; eine gänzliche Straflosigkeit eines so ahndungs- würdigen Auftretes würde mit den bedenklichsten Folgen drohen; daher sieht er sich veranlaßt, die Strenge des strafenden Gesetzes, wenigstens gegen die Urheber und Anstifter desselben hervorzurufen, im übrigen sich einstweilen auf folgende Verordnungen beschränkend:

1. Wider die Anstifter und Urheber des am 27. Dezember letzthin in Münster stattgehabten Volksauflaufes wird, laut dem unterm 31. desselben Monats an die betreffende Stelle erteilten Befehl ohne Verzug eine gerichtliche Untersuchung, sowohl wegen der eingetretenen Verletzung der gesetzlichen Ordnung als wegen des bei diesem Anlaß den Kantons- und Gemeindebehör- den versagten Gehorsams, und der gegen dieselben ausgestoßenen Beschimp- fungen und Drohungen eingeleitet, und die Schuldigen laut Gesetzen zur Strafe gezogen werden.

2. Die Vorgesetzten der löblichen Gemeinden Münster, Geschinen und Ulrichen werden der bereits unterm 31. letzten Dezembers an sie erlassenen staatsrätlichen Weisung gemäß ihre Amtsverrichtungen ununterbrochen fort- setzen.

3. Die am 27. letzten Dezembers angeschlagenen und wegen eingetre- tener Drohungen abgenommenen öffentlichen Bekanntmachungen werden so- gleich wieder angeschlagen und der Beschluß des Staatsrates vom 1. Dezem- ber letzthin unverzüglich vollzogen werden.

4. Die Räte löblicher Gemeinden Münster, Geschinen und Ulrichen werden unter ihrer Amtspflicht aufgefordert, den Staatsrat unverzüglich in Kenntnis zu setzen, wenn die Vollziehung vorliegender Verordnung den min- desten Widerstand leiden oder die öffentliche Ordnung auf irgend eine Weise abermals gestört werden sollte.



5. Die Urheber neuer Unordnungen werden für alle Folgen und fernern Maßregeln verantwortlich erklärt, welche der Staatsrat deswegen anzuordnen im Fall sein würde.

Gegeben im Staatsrat zu Sitten, den 4. Jänner 1842, um in Münster öffentlich bekanntgemacht und angeschlagen zu werden.

(Kopie. Unterschriften des Staatspräsidenten Zen Ruffinen und des Staatsschreibers de Bons.)

3

**Münster, den 6. Januar 1842. — Bericht des Präsidenten Bacher  
an den Staatsrat**

Meine Amtspflicht und die Liebe für das allgemeine Wohl fordern mich auf, Hochihnen einen zweiten Bericht über das Benehmen des durch einige Aufwickler in Wut geratenen Volkes wider ihre Gemeindsbehörde und wider den Schullehrer abzustatten.

Die Auswahl zum Inspektor und zur Brandzeichnung des großen Hornviehs unseres Schullehrers zog ihm den Haß einiger seiner Mitbürger zu, und wurde in dieser Hinsicht am letztverflossenen 27. Christmonat laut Hochihnen unterm 28. Dezember eingereichten Berichte auf offenem Platze mit der Gemeindsbehörde mißhandelt und beschimpft, und am 28., sobald er ihnen unter die Augen kam, geschah wieder ein gleiches. Der Schullehrer, erwägend seine traurige Lage und einsehend, daß er wegen dem auffallenden Ärgernisse, woran seine zuhörenden Schulkinder Anteil nehmen könnten, und wegen der Beraubung seines hiezu so notwendigen Ansehens, in seiner Kinderwelt nicht mehr das wirken könne, was er wirken sollte, und daß diese Mißhandlung sich mit seinem Amte nicht vertrage, entschloß sich daher, nicht nur sein Gemeindschreiberamt, sondern auch sein Schullehreramt unserer Hohen Landesregierung provisorisch abzugeben, wie Hochsie in unserm ersten Berichte vom 28. Dezember gesehen haben. Während der Zeitfrist seiner provisorischen Abgabe kamen die Gewaltshaber der Gemeinde, welche indessen provisorisch in die Stelle der Gemeindsbehörde traten, zu ihm hin, mit dem Auftrage, er solle das Schullehreramt wieder antreten und Schule halten wie vorher. Der abgetretene Schullehrer weigerte sich dessen und wollte die Schule indessen nur provisorisch fortsetzen, bis wieder ein neuer Schullehrer gewählt sei. Am gleichen Abend machten die erwähnten Gewaltshaber unserm Hochw. Herrn Pfarrer die Anzeige, sie wollen keinen provisorischen Schullehrer, wenn er

sie nicht annehmen wolle für immer, so werde man einen andern wählen; er nahm also die Schule nicht an, weil er es für widerrechtlich hielt, selbe anzunehmen bevor er den Bericht unserer hohen Landesregierung erhalten hätte. Es wurden also gleich zwei neue Schullehrer erwählt, die leider dazu unfähig sind. Da aber mir von Hochihnen der Bericht erteilt wurde, daß alle sämtlich ihre Amtsverrichtungen wieder antreten sollen, so erteilte ich ihm auch den Befehl, sein Schullehreramt wieder anzutreten. Er leistete Gehorsam, fand sich in der Schule ein und die zwei Neugewählten auch, welche sich aber sogleich hinterzogen und abgetreten sind; während der Schule erschienen zwei Gewaltshaber und einige Bürger, die ihn anfragten, warum er wieder Schule halte; er antwortete ihnen, er sei auf Befehl seiner rechtmäßigen Obern wieder da. Sie wollten sich dazu nicht verstehen und sagten geradezu, die Schule gehe die Regierung und die Gemeindebehörde nichts an. Am gleichen Abend, bei der Nacht, stürmten einige Volksaufwickler die Gemeinde zusammen, wo sie, wie man sagt, die ganze Gemeinde an ihre Partei durch Intrigen an sich schlossen, um jede Kundschaft wider sie aufzukünden, indem man ihnen versprach, die Kosten des Zendengerichts bestreiten zu helfen. Das Volk ist also durch die Aufrührerstifter in die höchste Wut geraten. Weder Schullehrer noch die Gemeindebehörde kann etwas mehr wirken. Sie stehen ganz entkräftet und verlassen da.

Ich glaube also, Hochgeachtetster Herr Staatsrat, meine Pflichten erfüllt zu haben; denn ich kann nichts mehr wirken.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

4

**Münster, den 14. Januar 1842. — Bericht des Präsidenten Bacher  
an den Staatsrat de Rivaz**

Da ich durch den Empfang einer staatsrätlichen Proklamation an das Volk wegen dem obwaltenden Zwiste zwischen der Gemeinde und ihrer Behörde beinebens aufgefordert wurde, Hochihnen einen Bericht über die Stimmung des Volkes und über die obwaltenden Verhältnisse abzustatten, so erteile ich Hochihnen hiemit über den Zustand der Dinge folgenden Bericht:

Der hochgeachtete Herr Viktor Jost hat sich als durch Hochsie abgeordneter Berichtsteller den 7. und 8. Jänner in Münster einbefunden, um die Gemeinde mit ihrer Behörde wieder friedlich auszusöhnen, was aber leider nicht

konnte beigelegt werden. Verschiedene Gerüchte wurden wider die Gemeindsbehörde Zeit der Untersuchung des Herrn Berichtstellers unter das Volk ausgestreut, unter anderem auch dieses, daß dieses Mal die Gemeindsbehörde werde unterliegen müssen, worüber die Aufrührstifter schon zu frohlocken scheinen. Auch haben die Aufrührstifter unter dem Vorwande, die Gemeindsbehörde habe die ganze Gemeinde bei der Hohen Landesregierung angeklagt, selbe im Nichterscheinungsfalle unter der Androhung, des Bürgerrechtes verlustig zu werden, bei der Nacht zusammenberufen, wo sie dann von der irreführten Gemeinde ihre Unterschriften abzwangen für die Bestätigung der zwei neugewählten Schullehrer und für den Schutz der fernern Folgen dieses Handels; und daher stellten sich beim Friedensversuch des Herrn Berichtstellers mehrere Männer im Namen der ganzen Gemeinde, wie Hochsie oben gesehen haben, obgleich die Behörde immer behauptete, daß sie wider die Gemeinde nichts habe, sondern nur wider einige Aufrührstifter, von denen sie Satisfaktion verlange. Die Gemeindsbehörde beharrt aber auf dem ersten Bericht, den sie Hochihnen eingegeben hat und negiert wieder alle falschen Gerüchte, die sowohl dem Volke, als auch vielleicht Hochihnen möchten zugekommen sein. Es wäre daher für die Gemeindsbehörde, die sowohl für das allgemeine als auch des Staates Wohl besorgt ist, erwünschlich, wenn die Hohe Landesregierung zwei Kommissarien abordnen würde, um diese traurige Sachlage aufs neue zu untersuchen und der Gemeindsbehörde für das Auge des Publikums eine rechtmäßige Satisfaktion auf eine gelinde Weise zu bewirken. Doch überläßt man dieses der Klugheit unseres Hohen Staatsrates. Dieses ist die Ursache, warum man dem Herrn Berichtsteller Jost die Schimpfer und Aufrührstifter nicht namentlich eingeben wollte, bis eine gerichtliche Aufforderung dazu da wäre. Und da man von Hochihnen eine schnelle Antwort erwartet, so wird man vom Herrn Berichtsteller keinen Bericht annehmen, bis wir von Hochihnen werden berichtet worden sein, wie wir uns verhalten und was wir tun sollen; denn sollte dieses Mal die Gemeindsbehörde durch diese Volksaufwickler zu Boden gedrückt werden, das würde gewiß für Staat und Publikum böse Folgen nach sich ziehen. Wer könnte wohl auf diese Weise Vorsteher sein? Wir werfen uns also in den schützenden Arm unserer Hohen Landesregierung und vertrauen auf den von Hochderselben uns zugesicherten Schutz mit der Bitte, Hochdieselbe möchte dieses Schreiben vielmehr als eine Bittschrift als einen Bericht ansehen, weil Hochsie hieraus ersehen können, wie sehr die Gemeindsbehörde mißhandelt wird.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

**Münster, den 17. Januar 1842. — Klagebrief einiger Bürger von Münster  
an den Staatsrat**

Wir bedauern billig die mißliche Lage, in welcher sich unsere Burgschaft Münster gegenwärtig befindet, indem dieselbe von undenklichen Zeiten her nie zu einem Schauplatz, in und im Auslande, von Empörungen gegen Gesetze, Staat und Regierung angeschuldigt erschienen ist, bis auf diese Zeit, wo einige ihrer Gemeindsbehörden, ihre Amtsbefugnisse überschreitend, das Volk statt aufzuklären, die für das allgemeine Wohl erlassenen Regierungsgesetze und staatsrätlichen Beschlüsse vorzutragen und zu erläutern und überhaupt die innern Angelegenheiten der Gemeinde bestens zu besorgen und über ihre daherige Verwaltung Rechnung zu tragen, zu was ja die heutige Verfassung sogar die Hohen Staatsglieder verpflichtet, — verwirft sie was in ihren Kram nicht dient — genehmigt und bringt auf, was einigen der Glieder ihrer Ambition schmeichelt und daran Interessen nährt! Will die Sache nicht gelingen, so bedient sie sich jeder Art boshafter Mittel dazu.

Es muß uns um desto mehr schmerzen, da die dem Hohen Staatsrat abhin eingesendete Klage sich allerdings auf erdichteten lügenhaften Ursachen begründete; weil, natürlich, um Klagen zu führen, keine Ursache vorhanden war.

Nein, Hochgeachteter Herr Staatsrat, keiner unserer Mitbürger wird entdeckt werden können, daß einer am letztverflossenen 27. Christmonat, als am vorgegebenen Revolutionstag, weder gegen Gesetze, viel weniger gegen die Hohe Regierung etwas Schimpfliches habe gesagt und hören lassen, wohl aber ermüdet des heimtückischen gesetzwidrigen Treibens hiesigen Vorstandes, machte man sich laut, ohne jedoch zu schimpfen — viel weniger auf Tätlichkeiten zu denken; und wollte dadurch im rauhen Gommertone demselben zu verstehen geben, daß er schon mehrmal wider seine Amtsbefugnisse gehandelt habe. — Und daß man derart verfassungswidrige Handlungen kaum mehr werde ertragen können; denn Goms, im steten Genuß republikanischer Freiheit, wußte erst jetzt, seit ein einfacher Bürger von Münster sich aus der Schale seines Nichts entwickelte, und auf jede boshafte Weise sich die Richter- und Großratsstelle erschlichen hat, was es heiße, terrorisiert und despotisiert zu werden.

Was geschah ferner? Um das Volk noch mehr zu reizen, ist vermög eines erlassenen Aufrufs an die Ortsbehörden jeder Gemeinde von Obergoms,

am 28. darauffolgenden gesagten letztverflossenen Christmonats in Münster ein sogenannter Pfarreirat gehalten worden, wo sich die Versammlung auszusprechen hatte, ob man nämlich dem ferneren Straßen [sic!] im Gommer Zehnen aufkünden wolle usf.; die guten Vorsteher, schlaue dazu verleitet, haben sich darüber definitiv ausgesprochen, und mußten einen schon zum voraus vorbereiteten Verbal mit ihren Unterschriften bescheinigen.

Am 13. dieses Monats, als Herr Zehnenpräsident eigens betreff der Gommerstraße den Zehnenrat eröffnete, wobei sich die Wahlmänner laut Gesetz einfanden, und die Anfrage an Münster stellte, was für ein Resultat ihre Burgschaft und Gemeinde über die Straßenfrage genommen habe, stunden verstummt da und erklärten neu betroffen, daß die Gemeinde, wie üblich, hierüber keine Kenntnis erhalten, und sie somit ohne es ihrer Gemeinde vorherst zu referieren, ihre Meinung nicht zu Protokoll geben können. Die übrigen Glieder des Zehnenrats brachen, wie sich erwarten ließ, in Mißmut und Widerwillen aus, so daß Herr Zehnenpräsident dessen Vertagung bis auf nächstkünftigen März für gut fand.

Sie sehen hieraus, Hochgeachteter Herr Staatsrat, einen neuen Beweis widerrechtlicher Unterdrückung der Volksfreiheit und von Verachtung gegen dasselbe.

Und falls diesem Übel nicht zeitig gesteuert wird, so wäre zu befürchten, daß das sonst so gute und biegsame Gommervolk, gereizt durch anhaltende Neckereien, Mißschritte gegen die betreffenden Behörden machen könnte.

Allein gestützt auf die Gerechtigkeitsliebe, so die Hohe Regierung im vollsten Maße besitzt, und bis dahin dieselbe, sowohl am Volke, als den Behörden väterlich zeigte und erwiesen hat. Mit welcher Regierung wir höchstens zufrieden leben, die und deren Befehle wir gebeugt schätzen und ehren; hoffen wir zuversichtlich, werde unsere Bürgerschaft die falsche früher gemachte Anschuldigung betreffend zu rechtfertigen suchen, und unsere Ortsbehörden in die gesetzlichen Schranken ihrer Amtsbefugnisse durch geeignete Mittel zurückzuführen vermögen.

Ich Patist Werlen als Wahlmann;  
Johann Baptist Guntren als Wahlmann;  
Joseph Anton Tennen, Beisitzer;  
Johann Joseph Lager, Beisitzer;  
Lager Ferdinand, Suppleant;  
Franz Bacher als Gewaltshaber;  
Wendelinus Imsand als Gewaltshaber;  
Melchior Jerien als Gewaltshaber;

Ich Franz Joseph Imoberdorf als Gewaltshaber;  
Franz Joseph Lager, alt Vorsteher;  
Peter Joseph Jerien;  
Johann Joseph Imsand;  
Peter Bacher;  
Salesius Imsand;  
Moritz Imsand;  
Johannes Baptist Imsand.

Endesunterzeichneter bescheinigt und bezeugt hiemit, daß die hier oben Unterzeichneten, teils Vorsteher, teils Bürger, aus Vollmacht und Auftrag der löblichen Bürgerschaft Münster obiges Schreiben an Sie, Hochgeachteter Herr Staatsrat, senden, wie auch erklären hiemit Obunterzeichnete, daß das in diesem Schreiben Enthaltene in seinem ganzen wahr sei, und sich selbes zu erproben dar bieten, und damit Sie, Hochgeachteter Herr Staatsrat, das Verhalten und die wahre Ursache des Mißvergnügens gegen einige Ortsbehörden einsehen mögen.

Ich empfehle also ganz im besondern die löbliche Bürgerschaft Münster dem Hohen Staatsrate, und statte zugleich dem Hohen Staatsrate den wärmsten Dank ab, daß Sie zuerst eine Untersuchung anstellten, um zu erfahren, wie sich der Handel befinde . . . Eugenius Weger, Großkastlan.

(Orig., eigenh. Unterschriften.)

6

**Münster, den 24. Januar 1842. — Schreiben des Lehrers Anton Lager  
an die Herren Kommissäre**

Nachdem ich gestern zur Kenntnis gekommen bin, daß Sie im Auftrage der Hohen Regierung die Wiedereinsetzung meiner Person in die Stelle eines Lehrers an hiesiger Jugendlehranstalt zu bewerkstelligen im Begriffe stehen, von der ich mich in Folge der bedauerungswürdigen Ereignisse vom 27. Christmonat verflossenen Jahres freiwillig zurückzuziehen für gut erachtete, so finde ich mich aus wohlüberlegten wichtigen Gründen dazu bewogen, in ihre Hände, Hochgeachtete Herren Kommissäre, die Erklärung niederzulegen, daß ich unter gegenwärtigen Umständen unmöglich mich entschließen könnte, wieder in eine Wirkungssphäre zu treten, welche nach einer zwölfjährigen Dienstleistung mir so bittere Früchte des Undankes gebracht hat. Indem ich übrigens mit dem größten Dankgefühl in den Schritten der Hohen Regierung die väterliche Unterstützung ihrer Volkslehrer und eben darin gleichfalls meine Rechtfertigung einigermaßen erkenne, so bitte ich Sie, Hochgeachtete Herren Kommissäre, die Versicherung meiner steten Unterwürfigkeit huldvollst zu genehmigen, womit ich gehorsamst verharre.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

**Münster, den 24. Januar 1842. — Schreiben von 81 Bürgern  
an die Herren Kommissäre**

In Folge an unterzeichnete Bürger der Burgschaft Münster heut erlassenen Auftrags, betreffend die einstweilige Anerkennung der wirklichen Ortsvorsteher, haben wir, die mißliche Lage, in welche unsere Gesamtbürgerschaft durch eine allerdings lügenhafte Klage versetzt ist, alles reiflich erwägend, uns fest entschlossen, Ihnen, Hochgeachtete Herren Kommissäre, andurch anzuzeigen, daß wir die noch bestehenden Ortsbehörden nicht anerkennen können; indem wir laut einer schon an den Hohen Staatsrat erlassenen Gegenklage glauben, Hochderselbe werde vermög Seiner an Ihm öffentlich von jedermann gerühmten Gerechtigkeitsliebe für höchst nötig — und unsere Burgschaft beruhigend als einziges Mittel beurteilen! Wenn unsere Burgschaft eine Wahl für neue Ortsbehörden vorgeschlagen, — oder daß die Vorsteher zu einem öffentlichen Widerruf ihrer Klage, wodurch nicht nur unserer Burgschaft, sondern vom Terrorismus berauscht auch die guten Gemeinden Ulrichen und Geschinen im In- und Ausland als Staatsverbrecher verleumdet, amtlich aufgefordert werden möchten — umsomehr, da auf ein solches Beispiel sich in den Bergtälern noch andere ungebildete Vorsteher, die ohne sich nach Gesetzen zu richten, ihre Amtsbefugnisse zu wissen und endlich zu erkennen, daß auch sie einer Oberbehörde — auch den Gesetzen unterworfen seien — und auch sie, besonders in einem republikanischen Kanton, im Überschreitungsfalle seiner Schranken, ebensowohl gestraft werden könnten, als ein einfacher Bürger, bloß sagen wir aus Amtsstolz hersehen, — und so am Ende eine weit um sich greifende Unruhe hervorwirken könnten, treffend belehrt würden.

Wir wissen und erkennen, daß ein Volk ohne Regierung, und eine Gemeinde ohne Vorstand nicht glücklich bestehen kann; um aber ruhig und glücklich sein zu können, muß das Volk in einer Gemeinde nicht von solchen Männern geleitet und befehligt werden, die die durch einen Staatsverband zugesicherte Volksfreiheit unterdrücken, und obendrein öffentlich verleumden, ja gar unglücklich zu machen suchen!! — Wie es wirklich in Münster geschieht.

Wie sollen wir also, Hochgeachtete Herren Kommissäre, unsere wirklichen Vorsteher noch gleichgültig als unsere Ortsbehörde anerkennen?

Unsere Antwort geht demnach dahin, daß Sie, Hochgeachtete Herren Kommissäre, uns, wenn es in Ihrer Sendungsgewalt steht, einstweilen eine



provisorische Behörde setzen möchten, bis der Hohe Staatsrat über unsere mißliche Lage wird entschieden haben. Sollte diesem Begehren nicht entsprochen werden können, so mag der nochmalige Vorstand inzwischen innert seinen gesetzlichen Schranken das absolut Notwendigste unserer Gemeinde besorgen.

In jedem Falle jedoch bitten wir kindlichst, daß Sie, Hochgeachteter Herr Kommissär, nach nur geprüfter Sachlage unserer Burschaft, einsehend wie übliche Folgen es haben würde, uns den alten Vorstand aufdringen zu wollen, den Hohen Staatsrat erflehen wollten: daß nämlich Hochderselbe gütigst baldförderlich entscheiden möchte, daß wir zu einer neuen Ortsbehördenwahl schreiten können, — oder daß der Vorstand über ihren widerrechtlich erlassenen Klag einen öffentlichen Widerruf machen müsse.

Wir dürfen auf Ihre bekannte Gerechtigkeit zählen, so wie auf Ihre Unparteilichkeit und hieraus zuversichtlich hoffen, daß der Hohe Staatsrat in Folge Ihres gerechten und günstigen Rapports unserer kindlichen Bitte baldest gewähren werde.

Patist Werlen, als Wahlmann;  
 Johann Baptist Guntren, als Wahlmann;  
 Johann Joseph Lagger, Beisitzer;  
 Joseph Anton Tenen, Beisitzer;  
 Lagger Ferdinand, Supliant;  
 ich Hans Joseph Imoberdorf, als Gewaltshaber;  
 Franz Bacher, als Gewaltshaber;  
 Wendelinus Imsand, als Gewaltshaber;  
 Melchior Jerien, Gewaltshaber;  
 Franz Joseph Lagger, alt Vorsteher;  
 Joseph Anton Lagger, Schullehrer;  
 Valentin Huser, als Schullehrer;  
 Joseph Anton Lagger;  
 Peter Joseph Lagger;  
 Vinzenz Jost;  
 Johann Joseph Imsand;  
 Peter Werlen;  
 Joseph Anton Werlen;  
 Jerjien Peter Joseph;  
 Franz Joseph Zender;  
 Patist Imsand;  
 Joseph Zehnder;  
 Moritz Imsand;  
 Joseph Andres Guntren;  
 Franz Lagger;  
 Franz Lagger;  
 Joseph Imsand;  
 Joseph Ignaz Imoberdorf;  
 Johann Adrian Lagger;  
 Johann Joseph Imsand;  
 Anton Imsand;  
 Joseph Anton Thenen;  
 Joseph Anton Thenen;  
 Joseph Imsand;  
 Salesius Imsand;

Lorenz Thenen;  
 Joseph Imsand;  
 Joseph de Riedmatten;  
 Felix Imsand;  
 Christian Imsand;  
 Thomas Nessier;  
 Anton Lagger;  
 Andres Lagger;  
 Justinus Imsand;  
 Peter Bacher;  
 Peter Adrian Riedmatten;  
 Dominikus Lager;  
 Felix Imsand;  
 Anton von Riedmatten;  
 Franz Joseph Zener;  
 Hans Battist Imoberdorf;  
 Franz Christian Jergen;  
 Antony Imoberdorf;  
 Valentin Imoberdorf;  
 Imsand Hans Joseph;  
 Zender Franz Johann;  
 Zender Franz Joseph;  
 Joseph Anton Zender;  
 Lagger Joseph Anton;  
 Joseph Anton Imoberdorf;  
 Peter Jost;  
 Johann Battist [Imsand?];  
 Peter Joseph Thenen, Sekelmeister;  
 Johann Joseph Lagger;  
 Zyprianus Thenen;  
 Johann Joseph Thenen;  
 Peter Imsand;  
 Joseph Imsand;  
 Joseph Ferdinand Imoberdorf;  
 Hans Joseph Imsand;  
 Franziscus Nessier;

Johann Batist Imoberdorf;  
Christian Thenen;  
Alois Lagger;  
Hans Joseph Tenen;  
Peter Joseph Thenen;

Anton Imsand;  
Peter Joseph Nessler;  
Anton Guntren;  
Johann Baptist Imsand;  
Joseph Anton Huser.

(Orig., eigenh. Unterschriften. — Beilage: Entwurf einer französischen Übersetzung.)

8

**Sitten, den 28. Januar 1842. — Schreiben des Staatsrates  
an die Bürger von Münster**

Aus dem Berichte der Herren Regierungskommissarien, welche sich am 23. und 24. des laufenden Monats nach Münster begaben, hat der Staatsrat mit innigstem Bedauern sich überzeugen müssen, daß die von ihm angeordneten Maßnahmen zur Beschwichtigung der infolge der am 27. letzten Dezembers in Münster stattgefundenen bedauernswerten Ereignisse in Eurer Gemeinde eingetretenen Wirren das einzige, dem Besten Münsters entsprechende und zugleich so naheliegende Ziel nicht erreicht haben. Es lag nämlich in dem Wunsche der Regierung, die gesetzliche Ordnung mit möglichster Milde und Nachsicht wieder herzustellen.

Obschon davon überzeugt, daß ohne die Beobachtung der Verfassung und der Gesetze, ohne gebührende Achtung und Ergebenheit gegen die verfassungsmäßigen Behörden kein allgemeines Wohl, keine öffentliche Ordnung bestehen kann, scheint Ihr Euch anzumaßen, Euren Willen über diese wesentlichen Erfordernisse jedes geselligen Verbandes zu setzen, uneingedenk, daß derselbe den Vorgesetzten, welche innert der Grenzen gesetzlicher Pflicht und Befugnisse handeln, untergeordnet sein muß. Diese hat der Rat Euer Gemeinde, wie es sich aus den bis anhin gepflogenen Untersuchungen ergibt, keineswegs überschritten, und dennoch habt Ihr, böswilligen Einflüsterungen geneigtes Ohr schenkend, denselben beharrlich Gehorsam und Anerkennung versagt. Ihr setztet Euch dadurch Euren Gemeindebehörden gegenüber, unter leerem Vorwande und grundlosen Beschwerden, in eine aufrührerische Stellung.

Wenn auch gegründeter Klagestoff gegen dieselben sich vorgefunden hätte, so bestand Euer Recht darin, denselben dem Staatsrat, als höchster Behörde in Verwaltungssachen, vorzulegen und dessen gewiß unparteiischen Entscheid abzuwarten; niemals aber konntet Ihr Euch zu den beklagens-

werten Auftreten, die seit dem 27. letzten Dezembers Eure Gemeinde drücken, für berechtigt halten.

Ein solches Benehmen führt geradezu zur Gesetzlosigkeit und zur Anarchie.

In dieser Lage der Sachen erfolgte das Einschreiten des Staatsrates, welcher, obschon zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung fest entschlossen, dennoch in der Bevölkerung Münsters, einige Aufwiegler und systematische Ruhestörer abgerechnet, nur eine Anzahl irregeleiteter, aber übrigens wohlgesinnter Bürger erblicken wollte.

Von diesem Gesichtspunkte aus schien dem Staatsrat die Gemeinde Münster der Nachsicht und Milde würdig. Er mahnte daher väterlich wohlmeinend in seiner Proklamation vom 4. des laufenden Monats, und sandte letzthin zwei versöhnende, dem allgemeinen Wohle ganz ergebene Männer als Regierungskommissarien mit dem Auftrag nach Münster, daselbst das mißkannte Ansehen der Behörden, die öffentliche Ordnung und die gestörte Eintracht wieder herzustellen.

Diese Anstrengungen blieben aber fruchtlos, die mahnenden Worte der Regierung fanden keinen Eingang bei Euch, den dringenden Vorstellungen und Belehrungen, den biedern Absichten und versöhnenden Anträgen der Herren Kommissarien blieb Euer Gehör verschlossen. Alle diese Schritte mußten den bösen Räten weichen, die bei Euch die Oberhand gewonnen zu haben scheinen. Nachdem eine, von 16 der bedeutendern Männern unter Euch unterzeichnete, an die Regierung gerichtete Klageschrift vom 17. des fließenden Monats den in Münster eingedrungenen Geist des Ungehorsams gegen Gesetz und Behörden genügend beurkundet hatte, verirrte sich auch die große Mehrheit der Gemeinde Münster soweit, daß selbige es wagte, den Herren Regierungskommissarien als Antwort auf einen versöhnenden Antrag eine mit 81 Unterschriften versehene Schmähschrift gegen den Rat der Gemeinde zu überreichen, die Erklärung enthaltend, daß diese Mehrheit denselben nicht anerkenne und von ihm die öffentliche Widerrufung der unterm 28. letzten Dezember an den Staatsrat gerichteten Beschwerde verlangen.

Obschon nun der Staatsrat die Überzeugung nicht aufgegeben hat, daß die Unterzeichner dieser Schmachtschrift auch zu diesem Schritte irregeleitet worden sind, so trägt dieselbe dennoch die Kennzeichen einer von der Gemeinde ausgehenden Empörung an sich, und von diesem Augenblicke an wird es dringende Pflicht der Regierung, dieselbe mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zurückzudrängen, die durch die Mißkennung und Beschimpfung der Ortsbehörde verletzten Gesetze und Verfassung aufrecht zu halten und die Urheber der Unordnung zur gebührenden Strafe ziehen zu lassen.

Bevor aber der Staatsrat die zu diesem Zwecke nötigen Befehle erteilt, und die dazu erforderliche Kraft aufbietet, erläßt er an Euch, teure Mitbürger, ein letztes Wort väterlichen Rufes zur Rückkehr zum Gehorsam gegen Behörden, Gesetz und Verfassung. Er würde ebensosehr, wie Ihr, es bedauern, wenn Eure fernere Widersetzlichkeit ihn zu Verfügungen zwingen würde, welche für die Gemeinde Münster die bittersten Folgen haben und das sämtliche Vaterland mit Schmerzen sehen müßte. Es erklärt Euch somit der Staatsrat, daß, wenn ihm in einer Frist von acht Tagen von Seite der Gemeinde Münster nicht eine von der Regierung genügend befundene, vollständige Unterwerfung in ihre Befehle und Anerkennung des gesetzlich bestehenden Gemeinderates erfolgt, er sich veranlaßt befinden werde, obenberührte Zwangsmaßregeln eintreten zu lassen.

Solltet Ihr dann gesetzlich gegründete Beschwerden gegen den Gemeinderat von Münster einzulegen haben, so wird Euch nach erfolgter Unterwerfung der gesetzliche Weg zum Vortrag derselben offenstehen, und der Staatsrat denselben eine gerechte und unparteiische Prüfung gerne zukommen lassen.

Bedenket, teure Mitbürger, die schweren Folgen und harte Verantwortlichkeit eines längern Widerstandes, und benutzet den Euch dargebotenen Anlaß, aus freien Stücken eine Unterwerfung einzugehen, welche von Euch auf jeden Fall unabwendbar ist.

(Kopie. Unterschriften des Staatsratspräsidenten Zen Ruffinen und des Staatsschreibers de Bons.)

## 9

**Sitten, den 31. Januar 1842. — Bericht der Regierungskommissäre Antoine de Lavallaz und Joseph Loretan über die Ereignisse in Münster**

De retour de notre mission de Conches, nous nous empressons conformément à vos ordres de vous faire connaître le résultat des événements qui se sont passés à Münster, chef-lieu du haut Conches, depuis le 27 décembre dernier, jour auquel le décret du Conseil d'Etat du 25 août 1817, relatif à la police du gros bétail, a dû être promulgué dans cette commune, et des suites déplorables qui en sont résultées. Afin de mieux éclairer le gouvernement sur tout ce qui a été l'objet de nos investigations dans cette affaire, nous partagerons ce rapport en deux parties, la première relative aux faits, et l'autre, au résultat de notre mission. Nous aurions désiré que cette seconde partie eût

mieux pu répondre au but du Conseil d'Etat, qui était celui de faire rentrer dans l'ordre de la légalité une commune égarée pour un moment, mais qui, il faut le dire, n'avait jusqu'alors jamais donné occasion à des actes répréhensibles, ni n'avait été l'objet de l'animadversion de l'autorité supérieure.

### Faits

Le décret du 25 août 1817 et promulgué de nouveau par le Conseil d'Etat le 1<sup>er</sup> décembre 1841 arriva à Münster le dimanche 19 décembre et fut communiqué au sieur Valentin Bacher, président de cette commune, par M. Weger, vice-président du dizain de Conches et président de la commune de Geschinen. Ces deux chefs de commune s'entendirent de donner suite à cet arrêté, le même jour, si on pouvait réunir à Münster les préposés de la commune d'Ulrichen, ces trois communes formant un seul district pour le marquage du gros bétail. Par les mesures prises par M. Weger, les deux préposés d'Ulrichen se remontèrent en effet le même jour, mais sur le soir à Münster ; alors les chefs de ces trois communes, réunis chez le cabaretier Pierre Guntren procédèrent à la nomination du marqueur et inspecteur du bétail pour leur district, et leur choix tomba sur une personne qui dut avoir l'assentiment du public, et qui était très à même d'accomplir les conditions de l'art. 5 de l'arrêté du 25 août 1817, savoir sur le sieur Antoine Lager, maître d'école à Münster, homme probe et lettré, à qui le petit revenant-bon du marquage devait être un adminicule dans la position gênée où il se trouve.

Cependant l'arrêté même n'avait pas encore été affiché à Münster, le président Bacher se proposait de le faire connaître d'abord à la commune, mais croyant qu'il avait déjà tardé d'une semaine à remplir cette formalité, il profita du lundi, jour de St-Jean de Noël, 27 décembre, pour le faire afficher après la messe, ce jour-là étant un jour chômé dans sa commune ; l'arrêté fut donc placardé au pilier de la commune après la messe, et après-midi, il voulait réunir la commune pour lui faire connaître cet arrêté et la nomination du marqueur, comme il a été dit ci-dessus. Mais à peine cet acte du gouvernement fut-il en vue du public, que des voix tumultueuses se firent entendre sur la place, tellement que M. le curé et d'autres personnes qui étaient encore à l'église qui borde la place, en furent effrayés et n'osèrent pas en sortir au premier moment : « Il faudrait marquer (*brandmarken*) ceux qui ont fait cette loi et qui l'ont fait afficher », vociférèrent les uns ; « les préposés de la commune n'ont pas le droit ni de faire afficher un placard du gouvernement, ni de nommer le marqueur sans la participation de toute la commune », crièrent les autres, et toutes ces manifestations de violence furent

accompagnées des injures les plus grossières et les plus outrageantes contre les chefs de la commune ; enfin, l'affaire devint si irritante que le président crut de la prudence de permettre que l'affiche soit enlevée, ce qui se fit par un syndic ou procureur de la commune, appelé là *Gewaltshaber*.

Le lendemain, jour des Innocents, encore chôme, ce tumulte se répéta après la grand-messe, et toujours les traits des injures et des calomnies furent dirigés contre l'autorité locale. Ce même jour 28, les préposés d'Ulrichen et de Geschinen se remontrèrent de nouveau à Münster ; ce fut alors que ces chefs de commune, se trouvant injuriés par les factieux, adressèrent la première lettre au Conseil d'Etat par laquelle ils firent rapport des scènes scandaleuses dont la place de Münster fut le théâtre pendant deux jours, et demandèrent en masse leur démission. Cette lettre renferma aussi la nomination du marqueur de bétail du district de Münster, et vous vous rappellerez, très honorés Messieurs, que ce choix était tombé sur le maître d'école qui, se croyant aussi offensé, signa de même la lettre en demande de sa démission, soit comme maître d'école, soit comme secrétaire de la commune. Dans l'intervalle que cette première lettre partit pour Sion et que la réponse du Conseil d'Etat parvint à Münster, les procureurs de la commune convoquèrent celle-ci pour nommer un autre maître d'école, et leur choix tomba sur deux jeunes gens peu capables, et dont les autres qualités laissaient du reste encore beaucoup à désirer pour diriger une jeunesse vive et naturellement intelligente comme celle de cette belle commune ; cette nouvelle nomination eut, faute de mieux, l'assentiment de M. le curé de la paroisse ; cependant la réponse du Conseil d'Etat sous date du 31 décembre arriva, et l'ordre fut donné à l'autorité locale, ainsi qu'au maître d'école, de reprendre leurs fonctions. Le président ne tarda pas à faire connaître ces dispositions souveraines à ses collègues, ainsi qu'au maître d'école. Celui-ci par obéissance s'y conforma, mais lorsqu'il retourna dans la chambre de la classe, les deux nouveaux régents s'y trouvèrent, et alors eut lieu une scène scandaleuse qui est que plusieurs parents allèrent reprendre leurs enfants dès qu'ils surent que l'ancien maître d'école reprenait ses fonctions ; après la classe les procureurs prirent la clef de la chambre et depuis lors l'ancien régent ne fonctionna plus. Ce fut aussi pendant la soirée du même jour que la commune, toujours convoquée par les procureurs, s'assembla de nouveau, mais cette fois-ci sous la menace que ceux qui n'iraient pas à l'assemblée perdraient leur droit de bourgeoisie. (Cet avant-mis pourra être prouvé, si besoin est, par des personnes qui l'ont déclaré aux commissaires.) Dans cette réunion clandestine, les deux régents furent confirmés dans leurs fonctions, en alléguant que le gouvernement n'avait point à se mêler dans les affaires de la classe, et 75 citoyens se conjurèrent pour prendre fait et cause en faveur de ceux qui pourraient être recherchés

correctionnellement pour les injures proférées sur la place, les 27 et 28 décembre précédents, et au moyen de cette solidarité, ils comptaient faire payer par la bourse de la commune les frais qui pourraient résulter du procès correctionnel. Ces conjurés doivent avoir signé un acte à cet égard. Il fut aussi nommé une espèce de commission composée de 16 communiers, c'est-à-dire quatre par quartier (l'endroit étant partagé en quatre quartiers), qui devaient agir comme autorité dans toutes les éventualités.

Avec sa lettre du 5 janvier, le Conseil d'Etat fit parvenir au président sa proclamation avec ordre de la faire publier dans la commune, le dimanche 9 courant ; cette formalité eut lieu dans la maison de commune et par le ministère de l'huissier de l'endroit ; mais cet acte du gouvernement, au lieu de calmer les esprits, ne fit que les irriter davantage : les factieux prétendirent que la commune entière avait été desservie, dénoncée par les autorités locales au gouvernement. L'exaspération n'eut alors plus de bornes ; on ne voulut plus reconnaître l'autorité jusqu'à ce que celle-ci ait obtenu la cessation des enquêtes correctionnelles que le rapporteur du dizain de Conches devait entamer et pour quel objet M. le grand châtelain Victor Jost, d'Ernen, a été envoyé sur les lieux par le Conseil d'Etat ; les factieux allèrent jusqu'à demander que les autorités locales fassent obtenir une satisfaction en faveur de la commune qu'ils crurent offensée. Alors le président voyant ces nouveaux excès s'adressa au Conseil d'Etat pour lui déclarer que tout pouvoir, toute confiance avait cessé de sa part vis-à-vis de ses ressortissants, et qu'il ne lui restait plus d'autre ressource, ou de remettre tout pouvoir, ce qu'il ne demandait pas mieux, ou de demander des commissaires du gouvernement pour essayer si cette mesure pourrait inspirer de la confiance et rétablir les affaires. (Voyez à cet égard les lettres du président Bacher du 6 et 14 janvier courant.)

### **Résultat de la mission**

D'après les instructions qui nous furent données par le Conseil d'Etat, nous devons faire afficher de nouveau le décret du Conseil d'Etat du 25 août 1817, qui avait été enlevé peu d'heures après qu'il avait été placardé la première fois ; cette formalité eut lieu le dimanche 23 janvier après les offices, et cela par l'huissier du dizain revêtu de son manteau ; cet acte public fut dès lors respecté, car, à notre départ de Münster, nous le vîmes encore intact au pilier de la commune. Ensuite, nous devons prendre des renseignements sur tout ce qui s'est passé lors de la publication de l'arrêté du Conseil d'Etat du 25 août 1817 et postérieurement. Nous croyons avoir rempli ses désirs par le narré fait ci-dessus des événements qui se sont succédé depuis la nomina-



tion du marqueur, qui a été le premier acte qui ait trait à cette affaire, jusqu'au moment où, investis des pouvoirs du gouvernement, nous nous sommes rendus sur les lieux, et nous croyons l'avoir fait avec vérité et fidélité.

Mais une autre tâche nous attendait à Münster, c'était celle de nous enquérir comment les esprits étaient disposés de part et d'autre ; afin de remplir cette autre partie de nos instructions par laquelle nous devions réintégrer dans l'exercice de leurs fonctions les autorités quelconques dont l'action du pouvoir avait été suspendue par les derniers troubles, nous consultâmes MM. le président et vice-président du dizain. Nous fîmes venir devant nous le président de la commune avec ses quatre autres conseillers ; ensuite les quatre procureurs ou *Gewaltshaber* qui alors dirigèrent tout ; plus tard, nous invitâmes à notre audience une section entière de la commune, mais nous vîmes que malheureusement l'exaspération du parti exalté, fort sans doute d'avoir toute la commune de son côté, était poussée trop loin pour pouvoir espérer de réussir dans notre mission. Les membres du Conseil nous confirmèrent tous les détails énumérés ci-dessus sur les excès qui se sont commis les 27 et 28 décembre à l'occasion de l'affiche de l'arrêté du Conseil d'Etat ; ils nous communiquèrent leurs doléances en disant qu'étant constamment en butte aux factieux, ils ne pourraient plus résister ainsi, et préféreraient quitter l'endroit que de vivre sur ce pied ; au reste, deux de leurs collègues ayant déserté le parti du Conseil pour se jeter dans celui du peuple, que peuvent trois membres ainsi isolés et en butte à une force majeure ? L'un de ceux qui a ainsi abandonné a eu la lâcheté de signer, et la lettre du 28 décembre écrite par le Conseil, et les pièces émanées du parti populaire ! Lorsque nous nous adressâmes à l'autre parti, soit à celui du peuple, ses délégués mirent en avant divers griefs contre les préposés de la commune, comme : que le président ne gérât pas fidèlement les deniers publics ; que le Conseil avait eu tort de porter plainte pour ce qui s'était passé sur la place le 27 décembre ; que l'affaire n'était pas si grave ; que d'ailleurs il y avait aussi eu des préposés parmi ceux qui avaient crié ce jour-là sur la place ; qu'il n'aurait pas dû ni nommer le marqueur, ni faire afficher le décret du Conseil d'Etat avant d'avoir soumis le tout au vote et à la sanction de la commune, et enfin que le Conseil avait amusé à tort toute la commune, dont la réputation jusqu'alors intacte était flétrie maintenant aux yeux du pays, et que la commune donc demandait le changement d'un pareil Conseil qui avait ainsi perdu la confiance publique. Nous cherchâmes à répondre de notre mieux à ces diverses récriminations, en leur citant surtout d'autres communes dont les habitants, aussi jaloux de leur droit et de leur liberté que quelque autre commune du pays, avaient cependant confié au Conseil tout ce qui se rattachait à l'exécution du décret du 25 août 1817, qui n'avait pas besoin de recevoir la

sanction du peuple, car, ainsi que le Conseil d'Etat a dans ses attributions l'administration ou la direction des affaires du pays, de même il y a dans chaque commune un Conseil qui a aussi la gestion des affaires et que ces droits étaient conférés par la constitution ; quant au changement de leurs autorités qu'ils demandaient, ils devaient libeller dans des formes convenables les plaintes fondées qu'ils pouvaient avoir contre elles ; que certainement le Conseil d'Etat y ferait droit, mais que, quant à nous, il n'était point dans nos attributions de changer pour le moment l'autorité locale dont les fonctions constitutionnelles étaient au reste pour deux ans. Mais toutes nos exhortations adressées ainsi individuellement demeurèrent infructueuses, voyant qu'ils ne voulaient pas céder un iota (c'est leur terme) de leurs prétentions, et après avoir ainsi négocié pendant un jour et demi, nous crûmes devoir faire réunir toute la commune, ce qui eut lieu dans la maison de commune ou de bourgeoisie, le lundi 24 janvier courant. Dans cette assemblée composée du président, des membres du Conseil et des autres bourgeois, nous y fîmes connaître l'objet de notre mission, dont les principaux chefs étaient de réintégrer l'autorité locale dans ses fonctions, et de déclarer nulle la nomination des nouveaux régents. Quant au premier chef, les mêmes raisons, les mêmes récriminations alléguées ci-devant se reproduisirent et parfois avec tant de clameurs et tant de véhémence que nous fûmes obligés d'imposer silence à ces masses qui crièrent toutes à la fois ; lorsque le calme se rétablit un peu, nous cherchâmes à leur faire entendre raison, mais en vain ; nos voix furent constamment méconnues, et nous ne pûmes rien sur ces esprits obstinés, lorsqu'un citoyen prit la parole en proposant à l'assemblée qu'on devait provisoirement reconnaître l'autorité, prier MM. les commissaires d'inviter le Conseil d'Etat de changer de Conseil, et en même temps l'implorer de ne plus donner suite aux enquêtes pour rechercher les coupables. Cette proposition fut écoutée de l'assemblée, elle l'a prise en considération, et on nous proposa alors de renvoyer au lendemain matin la réponse qu'elle aurait à nous donner ; nous acceptâmes cette proposition, et ainsi ce premier objet fut écarté pour ce jour-là.

Il nous restait encore l'affaire du régent à arranger et là nous crûmes d'entrer en composition avec la commune. Dès la veille du jour où nous convoquâmes le Conseil, le régent Antoine Lager, homme éminemment capable et qui sert avec l'assentiment de toute la commune comme régent sa commune avec zèle et intelligence depuis douze ans, nous remit sa démission par écrit, en basant cette renonciation sur ce que, dans les circonstances actuelles, il voyait bien qu'il ne pouvait plus agir avec fruit, ayant perdu pour le moment la confiance publique. Nous reçûmes cette démission, instruits comme nous l'étions de tous les faits antécédents ; nous la communiquâmes

à l'assemblée en ajoutant que, si le Conseil communal et M. le curé voulaient donner leur sanction à la nomination des deux régents qui avait été faite dans une des réunions tumultueuses, nous reconnâtrions cette nomination comme légale et définitive ; cette formalité eut lieu séance tenante, M. le curé s'étant réuni à cet effet dans la salle du Conseil, et nous proclamâmes alors les sieurs Antoine Lager junior et Huser régents de la commune. Nous nous faisons un plaisir de rapporter ici que M. le curé Mengis met un zèle plein d'éloges pour l'éducation de la jeunesse de Münster depuis le peu de temps qu'il dessert cette paroisse ; non seulement il s'est donné la peine de former, en pédagogue instruit, le premier régent Lager, mais il allait encore très souvent l'aider à tenir la classe, et tous les dimanches, il réunit la jeunesse adulte, pour lui donner des leçons particulières sur la religion et sur toutes les autres parties qui peuvent intéresser des jeunes gens qui, par leur âge, peuvent être dans le cas d'embrasser prochainement un état quelconque. Afin de donner plus d'impulsion à cette branche si essentielle de son ministère, M. le curé, profitant de notre présence, a sollicité toute la commune légalement réunie alors, de former une commission d'école avec laquelle il se mettrait immédiatement en rapport pour tout ce qui se rattache à l'instruction publique de la paroisse, et de chercher par là à la perfectionner toujours davantage. L'assemblée parut accueillir cette proposition ; elle alla même jusqu'à dire qu'on désignerait quatre hommes, c'est-à-dire un par chaque quartier, qui conjointement avec M. le curé formeraient ladite commission ; mais quel ne fut pas le désappointement de M. le curé et des commissaires, lorsque les procureurs, *Gewaltshaber*, vinrent lui dire, le lendemain, que la commune ne trouvait pas convenable de désigner cette commission ; que si M. le curé avait besoin du secours de l'administration pour les affaires qui se rattachent à l'instruction publique, il ait à s'adresser à eux, procureurs. Tant ces gens-là sont-ils jaloux de leurs prétendus droits, et craignent-ils de départir quelque pouvoir à toute autre institution qui n'est pas la commune même !

Vous vous rappellerez, très honorés Messieurs, que, dans la première séance, la délibération sur la reconnaissance de l'autorité fut prorogée au lendemain matin où la commune nous promit une réponse. Vers les neuf heures du mardi 25 courant, nous fûmes appelés à la maison commune, où l'assemblée était aussi nombreuse que la veille ; nous nous y rendîmes avec confiance espérant que pendant la nuit ces énergumènes seraient venus à de meilleurs sentiments ; mais nous fûmes déçus dans notre attente ; au lieu de nous donner une réponse satisfaisante, le sieur Ferdinand Lager nous remit au nom de la commune une pièce écrite, revêtue de 81 signatures et adressée aux commissaires, par laquelle elle déclara ne point vouloir reconnaître l'autorité à moins qu'elle ait donné une satisfaction suffisante à la commune qui se

croyait gravement offensée par le rapport, si ce n'est injuste, du moins exagéré, que le Conseil a fait au gouvernement par suite des désordres qui ont eu lieu le 27 décembre dernier sur la place publique; qu'elle demandait le changement du Conseil, qui cependant pourrait gérer provisoirement les affaires les plus urgentes de la commune, et qu'elle se croyait dans ses droits d'agir ainsi. Nous prîmes alors cette pétition qui avait été fabriquée pendant la nuit hors de Münster, et dont les meneurs ont quêté la signature des citoyens pour nous la remettre en séance publique, et nous dîmes à l'assemblée que nous ferions de tout cela un rapport au Conseil d'Etat. Croyant donc notre mission terminée, et cela à peu près sans résultat, nous nous pressâmes de quitter un endroit où tout ordre de hiérarchie est méconnu, et où un esprit de liberté et de souveraineté mal entendu imposera encore pour longtemps la tâche à un gouvernement de subordonner à une règle légale et constitutionnelle les habitants de cette partie éloignée de notre canton qui n'a que trop souvent abusé de son pouvoir.

(Orig., eigenh. Unterschriften.)

## 10

### **Münster, den 31. Januar 1842. — «Versöhnungsakt» zwischen Vorstand und Bürgerausschuß**

Nachdem die löbliche Gemeinde Münster zufolge eines bedauerungswürdigen Ereignisses vom 27. Christmonat verflossenen Jahres, die traurigsten Zerwürfnisse zwischen ihrem Vorstand und der großen Mehrheit ihrer Bürger seither in ihrem Schoße tragend, der Gegenstand lebhafter Besorgnisse für die Hohe Regierung geworden ist, welche ihrerseits zur friedlichen Beilegung derselben alle Mittel aufgeboten hat, so erfreuen sich endlich die Unterzeichneten, durch gegenwärtigen Akt der Hohen Regierung die beruhigende Versicherung geben zu können, daß unter heutigem Tage die letzten Bemühungen Hochderselben durch die Sendung des Herren Zehnden Präsidenten von Goms nicht ohne glücklichen Erfolg geblieben, sondern daß Ihre väterlich warnende Worte ein geneigtes Gehör gefunden haben.

Es hat sich nämlich der geehrte Vorstand Münster einerseits und der aus sechzehn Männern bestehende achtbare Ausschuß (als von der löblichen Gemeinde dazu besonders bevollmächtigt) anderseits vor dem obgenannten Herrn Abgesandten versammelt und beide Teile sich gegenseitig durch Handschlag die treue Versicherung im Beisein des Hochwürdigen und Würdigsten

Pfarrers von Münster gegeben, daß man nichts als *Gutes* und *Liebwerthes* von einander wisse und gegenseitig sage, wie auch verspreche, alles seither Geschehene mit dem Mantel der Vergessenheit und der Liebe zu bedecken, so zwar, daß deswegen von keinem Teile aus weder Vorwürfe noch andere weitere Schritte als zulässig anerkannt werden sollen. — Jedenfalls verspricht der genannte Ausschuß im Namen der ganzen löblichen Gemeinde Münster den bestehenden Vorstand provisorisch, d. h. auf so lange als rechtmäßig anzuerkennen, bis die Hohe Regierung zu einer neu vorzunehmenden Wahl des Vorstandes ihre Einwilligung gegeben haben würde, und demselben den gesetzlichen Gehorsam leisten zu wollen.

Also geschehen in Münster, den 31. Januar 1842, um der Hohen Regierung mit gebührender Hochachtung, Dank und Empfehlung mitgeteilt zu werden.

**Unterschriften des Ausschusses :**

Franz Joseph Lager, alt Vorsteher; Ferdinand Lager; Patist Werlen; Jerien Peter Joseph; Johann Joseph Imsand; Moritz Imsand; Imsand Salesius; Peter Joseph Bacher; Johann Battist Imsand; Melchior Jerien; Franz Bacher; Wendelinus Imsand; Franz Joseph Imoberdorf; Joseph Anton Thenen.

**Unterschriften des Vorstandes :**

Bacher Valentin, Präsident; Guntren, Kastlan; Johann Joseph Lager, Mitglied des Ausschusses; Joseph Anton Thenen; Anton Lager, Gemeindeschreiber; Sebastian Werlen; Joseph Valentin Lager.

Die Erfüllung dieses Versöhnungsaktes bescheint hiemit mit größtem Vergnügen: Ignaz Mengis, Pfarrer.

In Fidem: Klemens Wellig von Fiesch.

(Orig., eigenh. Unterschriften.)

**11**

**Münster, den 1. Februar 1842. — Schreiben des Gemeindevorstandes  
an den Staatsratspräsidenten (Demissionsgesuch)**

Obgleich wir uns der freundschaftlichen Beilegung der in unserer Gemeinde seit mehr als einem Monate herrschenden Wirren und Zerwürfnisse herzlichst erfreuen, so glauben wir doch der Hohen Staatsbehörde wie auch der löbl. Gemeinde, welcher wir vorzustehen die Ehre haben, keinen bessern Beweis unserer Uneigennützigkeit und Friedensliebe geben zu können, als

daß wir neuerdings das sowohl an Hochsieg schriftlich gestellte als auch den Hochgeachteten Herren Kommissären mündlich wiederholte Bittgesuch um Entlassung aus unserer Amtswirksamkeit als Gemeindsvorsteher hiemit erneuern, damit so die löbliche Gemeinde Münster ganz nach ihrem Belieben Männer an ihre Spitze stellen könne, welche, ihr ungeteiltes Vertrauen genießend, ihre Wohlfahrt bestens befördern mögen.

Der Vorstand von Münster: Bacher Valentin, Präsident; Guntren, Kastlan; Joseph Tenen, Vorsteher; Joseph Valentin Lagger, Vorsteher; Sebastian Werlen; Johann Joseph Lagger; Anton Lagger, Gemeindeschreiber.

(Orig., eigenh. Unterschriften.)

12

**Fiesch, den 2. Februar 1842. — Schreiben des Bezirkspräsidenten  
Clemens Wellig an das Departement des Innern**

Da die Post verreisen will und ich noch nicht alle Schriften über die Angelegenheiten von Münster fertig habe, so melde ich Ihnen nur kurz, daß ich gestern abends hier wieder eintraf und in Münster wieder vollkommener Frieden herrsche. Der Vorstand ist anerkannt und zwar als *ehrlich*. Mit der nächsten Post werde ich Rapport, Versöhnungsakt, etc. übermachen.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

13

**Fiesch, den 2. Februar 1842. — Bericht des Bezirkspräsidenten  
Clemens Wellig an den Staatsrat**

Ich erhielt Ihre Befehle durch das Departement, die Münstiger Angelegenheiten betreffend, den 29. Jenner 1842 um 5 Uhr abends durch einen Partikular von Fiesch, allwo die Briefe bald abgelegt werden und bald nicht.

Ich verfügte mich am 30., d. l. an Ort und Stelle, und erließ an die Gewaltshaber von Münster den Befehl, alsogleich nach dem Gottesdienst das Volk von Münster im Bürgerhaus zu versammeln, weil Witterung und Schnee es nicht erlaubten, auf öffentlichem Platz die Vorlesung zu machen.

Nachdem die Gemeinde versammelt war, begab ich mich, vom Zehndenweibel begleitet, zu der Volksmasse von Münster, erblickte daselbst aber auch einen großen Teil von Geschinen, die jedoch als ruhige Zuhörer daselbst gegenwärtig waren. Mit Ablesung der Proklamation begann ich, welche mit Ruhe und Stille vernommen wurde, hierauf hielt ich eine kleine Anrede, in welcher ich mich bemühte, die Unterwerfung zu bewirken, da ich ihnen die bösen Folgen zeigte, wenn diese nicht erfolgen sollte, etc. Und so verließ ich die balansierende Versammlung, welche mir eine Antwort zu geben oder geben zu wollen erklärte. Kaum aber war ich ins Pfarrhaus zurückgekehrt, als ein Ausschuß zu mir kam, um die Proklamation noch einmal zu hören. Ich entsprach und gab neue Explikationen darüber; der Ausschuß seinerseits gab mir Hoffnung eines glücklichen Resultats mit Hinzusetzen, daß sie sich am 31. morgens wieder bei mir einfinden würden. In dieser Zwischenzeit bot ich allen geheim und öffentlich auf und tat, was das vorgesetzte Ziel erzwingen konnte, jenen an mich gerichteten Worten: «j'ai la conviction que vous y concourez de tout votre pouvoir» des Departements des Innern bestmöglichst nachkommen wollend.

Am 31. morgens erschien der Ausschuß und an diesem Tag hatte ich abwechselnd Vorstand und Ausschuß fast immer bei mir, bis endlich beigelegter Versöhnungsakt, den ich ihnen also projektierte, endlich herauskam, dessen Essentielles vorerst noch der Gemeinde viertelweise vorgetragen und von ihr als ihrem Willen gemäß anerkannt worden. Es erhielten hierauf am 1. Hornung Vorstand und Gemeinde vom Versöhnungsakt eine gleichförmige Abschrift; und von beiden Teilen erscholl Achtung und Dank für die hohe Regierung.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

**Fiesch, den 2. Februar 1842. — Schreiben des Bezirkspräsidenten  
Clemens Wellig an das Departement des Innern**

Die zwei Briefe vom 27. und 28. Januar, so ich von Hochihnen zu erhalten die Ehre hatte, trafen miteinander hier ein. Sie werden aus beigelegtem Rapport und Aktenstücken ersehen, wie Münster wiederum zu seiner Pflicht zurückgekehrt ist, und ich hoffe, Hochgeachteter Herr Staatsrat, der Willen der Hohen Regierung sei durch die im wahren Sinn unbedingte Unterwerfung



erzweckt. Denn erst dann wäre der Vorstand provisorisch, wenn Hochdieselben Münster eine zweite Wahl des Vorstandes erlauben sollten.

Der Vorstand seinerseits erhielt mehr als er verlangte, er hat schriftlich, was er bloß schon vor den Herren Commissarien und auch vor mir nur mündlich in fliegenden Worten begehrte: nämlich die bloße Erklärung des Ausschusses, «daß man oder sie von ihnen nur *Gutes* und *Liebes* wissen». Mit hin ist jede Scheltung, sei es in Schriften oder sonst, zurückgezogen. Der Hohe Staatsrat erhält auch hier beigelegt das Entlassungsbegehren des Vorstandes von Münster; doch ist der Vorstand bereit, fortzufahren. — Ich habe daher das Vergnügen, Sie zu versichern, daß der Vorstand von Münster mit seiner erhaltenen Satisfaction zufrieden ist, welcher mit Vereins des Volkes ganz besonders durch mich Hochhinnen ihren Dank und Empfehlung mit tiefster Ehrfurcht vermelden läßt.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

## 15

### **Sitten, den 20. Februar 1842. — Schreiben des Staatsrates an den Großen Rat**

Le Conseil d'Etat a aussi à vous entretenir des désordres qui ont éclaté dans la commune de Münster à la suite de la publication de l'arrêté du Conseil d'Etat, en date du 25 août 1817, portant l'établissement provisoire de la police sanitaire du gros bétail.

Ces désordres avaient acquis assez de gravité pour que le Conseil communal eût cru devoir donner sa démission ou au moins annoncer qu'il ne fonctionnerait plus, jusqu'à ce qu'il fût certain de l'appui et de la protection du gouvernement.

Cet appui ne lui a pas fait défaut. A la suite d'une première invitation de se soumettre à l'autorité locale, invitation qui est restée infructueuse, et de l'ordre transmis de commencer des enquêtes contre les principaux fauteurs, le Conseil d'Etat a envoyé à Münster deux commissaires avec mission de prendre des renseignements sur la nature et la portée de ces troubles, de faire réafficher l'arrêté en question, de déclarer nulles toutes les résolutions prises par une assemblée tenue illégalement, et réintégrer dans leurs fonctions les fonctionnaires publics ainsi que les agents qui les auraient indûment suspendues.

MM. les commissaires ne purent remplir qu'imparfaitement leur mandat par suite de la résistance qu'ils rencontrèrent.

Une seconde proclamation fut adressée bientôt après au peuple de Münster. M. le président du dizain de Conches, prié de lui en donner lecture, se rendit sur les lieux et employa ses bons offices pour ramener les coupables à résipiscence.

Ces mesures obtinrent quelques succès, en ce sens que le peuple promit de reconnaître ses magistrats municipaux et de leur obéir, aussi longtemps que le Conseil d'Etat n'aurait pas autorisé leur remplacement. Comme vous le pensez, Monsieur le président, Révérendissime et Messieurs, cette soumission était trop incomplète pour que le pouvoir exécutif s'en contentât : il doit veiller à ce que les autorités qui ont été outragées dans l'accomplissement de leur devoir reçoivent une satisfaction complète à tous égards.

Nous espérons ramener dans cette commune l'empire de la loi, sans être dans le cas de faire emploi de mesures inusitées. Ne voulant pas cependant être pris au dépourvu, le Conseil d'Etat prie le Grand Conseil de lui donner éventuellement des pleins pouvoirs pour atteindre ce but, en recourant à cet effet, et si les circonstances l'exigent, aux moyens extraordinaires dont le corps législatif peut seul disposer.

(Orig., eigenh. Unterschriften des Staatsratspräsidenten Zen Ruffinen und des Staatsschreibers de Bons.)

## 16

### **Sitten, den 21. Februar 1842. — Schreiben des Regierungskommissärs Antoine de Lavallaz an den Staatsrat**

J'ai l'honneur de vous faire passer ci-joint le rapport que nous avons rédigé, mon honorable collègue et moi, sur les événements qui ont surgi dans la commune de Münster aux mois de décembre et janvier derniers, et pour lesquels le Conseil d'Etat nous a délégués, M. le châtelain Lorétan et moi, sur les lieux comme commissaires du gouvernement.

Veillez nous excuser le retard que nous avons mis jusqu'à ce jour, à vous adresser ce rapport ; des circonstances indépendantes de notre volonté en sont seules la cause. Au reste, le Conseil d'Etat, au fait de cette affaire depuis notre retour de Münster, a pu gagner par les mesures sages et fermes qu'il a déployées que cette commune rentre dans l'ordre ; l'essentiel est donc obtenu, et notre rapport n'est plus, dans le fait, qu'une affaire de forme.

Je joins à ce pli le rapport autographe de M. Jost, rapporteur du dizain de Conches, que vous nous aviez confié, comme aussi la lettre de démission de l'ancien maître d'école Lager et la note de nos déboursés.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

17

**Sitten, den 22. Februar 1842. — Bericht der großrätlichen Kommission  
an den Großen Rat**

La commission que vous avez chargée d'examiner les titres qui ont rapport aux troubles qui ont éclaté à Münster à l'occasion de la promulgation de l'arrêté du Conseil d'Etat du 25 août 1817, a vu avec plaisir que le pouvoir exécutif se soit empressé de prêter à l'autorité communale l'appui qui lui était dû, et que l'anarchie, qui commençait à germer dans cette commune, ait été aussitôt comprimée.

Le Conseil communal serait-il coupable de quelques faits répréhensibles, soit envers ses administrés, soit envers l'administration communale, ainsi que la pétition adressée à MM. les commissaires par les 81 citoyens de Münster nous paraîtrait l'insinuer, alors encore, protection est due à l'autorité, et ces faits ne donneraient lieu qu'à une action devant l'autorité compétente, et n'autoriseraient personne à commettre d'actes arbitraires.

La commission, cependant, en vous proposant d'accorder au Conseil d'Etat les pleins pouvoirs qu'il sollicite, le prie de faire justice aux griefs émis par les pétitionnaires s'ils seraient fondés.

(Orig., eigenh. Unterschrift des Großrates Maurice Gillioz.)

18

**Münster, den 3. März 1842. — Schreiben des Präsidenten Valentin Bacher  
an den Vorsteher des Departementes des Innern**

Aufgefordert durch das Schreiben des hohen Staatsrates vom 1. März, beeile ich mich Hochihnen Antwort zu erteilen, so wie auch Hochsie über die letzten Ereignisse, welche sich am 24. und 25. Februar laufenden Jahres zugetragen haben, einzuberichten, und Hochihnen darüber Aufschluß zu geben.

Am 24. Februar laufenden Jahres abends spät versammelte sich die Gemeinde ohne mein Wissen, und ohne meine Begrüßung. Gegen 8 Uhr abends gingen 4 Gewaltshaber und der vom Vogt bestellte Einzieher zum Gemeindeschreiber und forderten von ihm das Satzung- und Rechnungsbuch, die er ohne meine Befehle nicht ausliefern wollte. Wie der Vorstand in dieser Versammlung mag betitelt worden sein, kann man sich einbilden!

Tags darauf, am 25. Februar gegen 10 Uhr, wurde wieder ohne meine Bewilligung zu verschiedenen Malen zur Gemeindeversammlung geläutet. Einige Männer kamen zu mir und forderten mich zur Rechnung auf. Ich, der das ungestüme Verfahren der Gemeinde kannte, antwortete ihnen, daß ich bereit sei, meine Rechnung abzulegen, aber nicht heute vor einem so tobenden Volkshaufen, und nicht vor einer Versammlung, die ich nicht zusammenberufen habe. Nachdem sich diese auf einige Zeit entfernt hatten, kam die ganze Versammlung, welche den größten Teil der Gemeinde bildete, in mein Haus, um mich mit Drohungen zur Rechnung zu zwingen. Da ich diesen Haufen herannahen sah, entfernte ich mich in ein anderes Zimmer, um Tätlichkeiten gegen meine Person auszuweichen. Meine Gattin, welche sie im Zimmer antrafen, entfernte sie mit ernstern Worten. Von da eilten sie wütend ins Gemeindehaus zurück. Die Rechnungsbücher hatte ich indessen durch den Gemeindeschreiber beim Herrn Großkastlan Weger hinterlegen lassen, welcher sie der Gemeinde nur unter Garantie übergab, daß dieselben nach geendigter Versammlung gleich dem Großkastlan wieder sollen eingehändigt werden. Nach geendigter Versammlung waren die Bücher außer Gewalt des Gemeindsschreibers, und einige der Gemeinde übergaben dieselben der Magd des Hochw. Herrn Kaplan, wo sie aber nicht lange blieben, aber erst ungefähr zwischen 10 und 11 Uhr nachts dem Herrn Großkastlan zurückerstattet wurden. Tags darauf reisten 7 Bürger und ein Einwohner zum Hohen Staatsrate nach Sitten. — Dieses ist der wahre Hergang der Sache.

Urteilen Sie nun selbst, Hochgeachteter Herr Staatsrat, ob es nicht unter der Würde eines Präsidenten gewesen wäre, sich von einem halbrasenden Volkshaufen zu einer Rechnung zwingen zu lassen, wobei er die größten Unbilden, Beschimpfungen empfangen, und vielleicht Tätlichkeiten zu befürchten gehabt hätte.

Es ist dem Hohen Staatsrate somit alles treulich bekannt gemacht worden, was sich seit der unglücklichen Zeit vom 27. Dezember vorigen Jahres hier zugetragen hat. Die bisherige Billigung unsers Betragens und Ihre gütige Unterstützung war der größte Trost, den die Behörde Münsters in diesen verfolgungsreichen und unruhewollen Tagen erhalten konnte.

Sowie unser früheres Benehmen vom Hohen Staatsrate laut Bericht vom 31. Dezember 1841 und vom 18. Februar 1842 gebilligt worden ist, eben

so glaube ich, werde auch mein letztes Benehmen keinen Anlaß zum Tadel und zu Vorwürfen geben.

Weder ich als Präsident, noch die übrige Behörde, fürchtet sich, dem Hohen Staatsrate jede erforderliche Rechenschaft über ihr Betragen zu geben, auch nicht über die Gemeindsrechnungen, welches der Gegenstand der höchst ungerechten und leidenschaftlichen Anklage der 8 Gesandten Münsters laut Bericht vom 1. März laufenden Jahres vom Hohen Staatsrate gewesen zu sein scheint. — Denn:

1. Ist laut dem 51. Art. der Verfassung alljährlich eine öffentliche Rechnung, wobei jedem Bürger der Zugang gestattet war, abgehalten worden, und zwar durch öffentliches Glockenzeichen, wie die Rechnungsbücher seit 40 Jahren her beweisen können, was aber übrigens die zwei abgeordneten Kommissäre bezeugen können.

2. Ist es Unwahrheit, daß die Rechnungen zur bestimmten Zeit müssen gehalten werden. Das beweisen die Rechnungen früherer Jahre, die bald früher, bald später nach dem Willen und nach den Zeitumständen des Präsidenten und des Seckelmeisters gehalten wurden. So z.B. wurde für das Jahr 1840 erst am 16. Februar 1841 die Rechnung abgestattet.

3. Soll sich hier der Seckelmeister beim Präsidenten melden, wenn er Rechnung abstatten will. Nun aber hat dieser mir nie ein Wort von Rechnung gesprochen. Uebrigens wäre hier zu bemerken, daß sich der Seckelmeister keineswegs zu beklagen hat, über Verantwortlichkeit und Beschwerden, weil er bloß den Namen führt, und ich aus Güte für ihn die Beschwerde übernommen habe.

Was nun dieses Jahr betrifft, so war es bis jetzt unmöglich, meine Rechnung abzulegen.

1. Am 27. Dezember 1841 nahmen die unglücklichen Tage der Gärung ihren Anfang, wie es dem Hohen Staatsrate bekannt ist. In dieser Zeit der Unruhe konnte ich mich, da überdies die Gemeinde ihre Behörde nicht mehr anerkannte, zu diesem Geschäfte nicht entschließen.

2. Selbst dann, nachdem die Gemeinde provisorisch nur die Behörde anerkennen wollte (laut dem Friedensschluß vom 31. Jänner laufenden Jahres) und der Vorstand neuerdings seine Demission einreichte, wollte und mußte derselbe eine Antwort vom Hohen Staatsrate abwarten, welche am 18. Februar erfolgte und am 20. hier anlangte, wodurch der Vorstand neuerdings erst bestätigt wurde. Gleich darauf arbeitete ich, meine Rechnung ins Reine zu bringen, als plötzlich am 24. Februar, wie oben bemeldet wurde, die Unruhen

losbrachen, und mir auf eine ganz entehrende Weise die Rechnung abgefordert wurde. Somit haben leider die Zeitereignisse eine solche Rechnungsablegung bisher ganz unmöglich gemacht.

Möge übrigens der Hohe Staatsrat ein Werk der Gerechtigkeit vollführen in Abforderung der Gemeinderechnungen. Dieses, ich hoffe es, wird der beste, der sicherste Weg sein, auch noch die tausend Verleumdungen, die über diese Behörde und besonders über mich sind ausgestreut worden, in ein wahres Licht zu stellen.

Nur eine demütige Vorstellung erlaube ich mir zu machen. Die Freiheit und Geistesruhe, die bei einem so wichtigen Geschäfte herrschen müssen, würden keineswegs gewährleistet sein, wenn nicht ein Abgeordneter von der Hohen Regierung, z. B. Herr Zehndenpräsident Wellig oder sonst ein Unparteiischer, dabei den Vorsitz führen würde. Auch würde meine Person von neuen Unbilden und Beschimpfungen nicht geschützt sein.

Ebenso, wenn die gemachten Klagen eine gerichtliche Untersuchung zur Folge haben sollten, welcher ich mit ruhigem Gemüte, ja meiner Rechtfertigung wegen mit Freuden entgegentreue, so darf ich gemäß der Zusicherung der staatsrätlichen Proklamation durch Herrn Zehndenpräsidenten Wellig von der hohen Weisheit der Hohen Regierung erwarten, daß ein eigenes unparteiisches Gericht zu dieser Untersuchung angeordnet werde, weil es unleugbar ist, daß auf ein Zehndengericht der Streithandel einer Gemeinde gegen den Vorstand nicht ohne Einfluß bleiben dürfte. Es ist zwar traurig für einen Mann, der in 40jähriger Dienstleistung ergraut ist, sich bei der hohen Staatsbehörde angeklagt zu wissen, aber das Bewußtsein, wegen Aufrechthaltung der Gesetze leiden zu müssen, sowie der väterliche Beistand, der mir von Seite der Hohen Staatsbehörde zuteil geworden ist, sind ein lindernder Balsam für mich.

Schließlich glaube ich Sie, Hochgeehrter Herr Staatsrat, versichern zu müssen, daß ich ebenso wenig die Abstrafung der Schuldigen, welche so viele Irreführte nach sich gezogen, wünsche, als ich die traurigen Folgen fürchte, welche die gegenwärtigen Wirren nach sich ziehen möchten, wenn dieselben nicht baldigst beigelegt werden und es nicht beim Versöhnungsakte vom 31. Jänner laufenden Jahres bleiben kann, was der Wunsch der Behörde ist.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

**Münster, den 13. März 1842. — Schreiben des Präsidenten Valentin Bacher  
an den Vorsteher des Departementes des Innern**

Das hohe Schreiben vom 1. März laufenden Jahres, wodurch ich vom Hohen Staatsrate zur Ablegung der Gemeindsrechnung angemahnt wurde, beantwortete ich den 4. März laufenden Jahres, indem ich Hochsie über die neuerregten Unfugen in betreff der Abforderung der Gemeindsrechnung in Kenntniss setzte mit der demüthigen Vorstellung, daß ich vor einem so ungestümen Volkshaufen wegen Befürchtung neuer Unbilden und Beschimpfungen meine Rechnung nicht ablegen könne, ohne daß ein vom Hohen Staatsrate Abgeordneter dabei den Vorsitz führen würde. Da ich aber auf die Einsendung meines Schreibens, betreffend auch die Gegengründe wider die unbillige Anklage der 8 Gesandten an den Hohen Staatsrat, keine Antwort erhielt, so finde ich mich in Ablegung meiner Gemeindsrechnung, die mir immer abgefordert wird, in Verlegenheit gesetzt, nicht wissend, ob mein obiges Schreiben vom 1. März, abgesendet durch den Briefträger Lager von Reckingen, beim Hohen Staatsrate angelangt ist oder nicht. Daher bitte ich Hochsie demüthigst, durch eine baldige Antwort mir gütigst die Maßregeln vorschreiben zu wollen, die ich in Ablegung meiner Gemeindsrechnung beobachten solle, damit das Volk befriedigt werden könne.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

**Sitten, den 21. Mai 1842. — Schreiben des Präsidenten Valentin Bacher  
an den Staatsrat**

Ich erachte es in meiner Pflicht liegend, Hochselben über die jüngsten Begebnisse zu Münster getreuen Bericht abzustatten. Ich werde auf die früheren Vorgänge nicht zurückkommen und nur melden, daß mir nach vollendeter Rechnung am 9. April abhin, die Schlüssel zu der Gemeindekasse und Schriften durch Euren Abgeordneten tit. Herrn Zehndenpräsidenten Wellig eingehändigt worden sind.



Ohne mein Wissen versammelte sich die Gemeinde am 15. desselben Monats unter dem Vorwande, von den Gemeindsrechnungen Abschrift zu nehmen und die Rechnung der alten Straße zu vollenden. Ich wurde zu der Versammlung schriftlich eingeladen und aufgefordert. Unfugen befürchtend, weigerte ich mich hinzugehen. Man drang in mich; man gelobte mir die Ruhe ungetrübt zu erhalten und die Schlüssel nach abgehaltener Versammlung dem Ortsrate wieder zuzustellen. Ich ließ mich überreden und ging hin. Sofort Beschimpfungen, sofort Andichtungen von Fehlern, die in den Rechnungen vom 8. und 9. April sollten eingeschlichen sein. Ich erklärte, bei dieser Mißachtung meiner Person und der mir gegebenen Worte nicht bleiben zu können und ging fort. Man kam mich wieder rufen, auf daß ich für empfangenes Pulver Rechnung ablege. Der Aufforderung willfahrend, kehrte ich zurück; nun beraubte man mich der Schlüssel zur Gemeindekasse und übergab sie einem Vorsteher, der zwar den Bericht vom 28. abgeflossenen Dezember mitunterschieden hat, nun aber mit den, die constitutionellen Behörden Verhöhnenden gemeinschaftliche Sache macht.

Am 1. Mai wurde die Gemeinde neuerdings ohne mein Wissen und Willen besammelt, die sogenannte Brandschatzrechnung abgehalten.

Auch hatte die unter dem Vorsitze Eures abgeordneten Herrn Zehndenpräsidenten Wellig vorgenommene Rechnungsabstammung keinen entscheidenden Erfolg. Die Gemeinde konnte mir allerdings nichts anhaben und war benötigt, meine Rechnungen im allgemeinen anzuloben, nur einige unstichhaltbare Einreden sich vorbehaltend. Doch diese genügen, um mir die Quittung vorzuenthalten. Es liegt einerseits im wohlverstandenen Interesse der Gemeinde, dieses Geschäft definitiv abzutun, und andererseits muß es mir schwer fallen, nach einer vieljährigen, in guten Treuen gepflogenen Verwaltung und in Gegenwart der mir feindlichen Tendenzen mich ohne Quittungsschein zu sehen. Ich erlaube mir daher, Hochselben den Wunsch auszusprechen und die Bitte vorzulegen, daß Herr Wellig einen zweiten Rechnungstag ansetzen möchte, um alle noch obwaltenden Anstände zu erledigen. Bin ich der Gemeinde was ausschuldig, will ich allsogleich zahlen; hat sie an mir nichts zu fordern, will ich vor der vorigen Wiederholung, ich weiß nicht welcher Ansprüche und Forderungen, sicher sein. Herr Wellig wird ohne erneuten Auftrag sich der Sache nicht mehr annehmen; wollen, Hochsie, jene Maßnahmen anordnen, die zur Wahrung des guten Rechtes und zur Handhabung der Ordnung die geeignetsten sind.

Aus dem Gesagten werden Sie ersehen, daß es mir unmöglich ist, die Pflichten eines Gemeindepräsidenten zu erfüllen und die gesetzliche Ordnung aufrechtzuerhalten. So lange durch Euer Einschreiten dem jetzigen Verfahren nicht ein Ende gemacht und Gehorsam gegen die Behörden den Gemüthern

nicht eingeprägt ist; ich will von dem nicht reden, was es mich kosten muß, in der Ausübung meiner Amtspflicht immerfort ungeahndet mißhandelt zu sein.

(Orig., redigiert von J. Rion, Anwalt des Präsidenten; eigenh. Unterschrift des Anwalts.)

21

**Sitten, den 6. Juni 1842. — Verordnung des Staatsrates**

Considérant que malgré les promesses faites d'une reconnaissance inconditionnelle (absolue) du Conseil de la commune de Münster, elle n'a pas encore eu lieu ;

considérant que le respect dû à l'autorité locale méconnue doit être rétabli et une soumission entière de la commune de Münster s'ensuivre comme résultat immédiat, afin d'y ramener l'ordre légal et la tranquillité publique ;

considérant que les assemblées générales de la commune de Münster, convoquées le 15 avril et le 1<sup>er</sup> mai derniers, l'ont été illégalement par des personnes incompétentes ;

considérant que d'après des rapports parvenus à l'autorité du pouvoir exécutif le président de ladite commune a été non seulement de nouveau injurié et maltraité, mais qu'encore les clefs de la maison de commune qu'il avait remises de bonne foi, par un insigne manque de parole ne lui ont point été rendues, mais livrées à un membre incompétent du Conseil ;

considérant que l'habitation du président est devenue l'objet des actes de violence et de troubles ;

en application des pleins pouvoirs donnés par le Grand Conseil dans sa session extraordinaire de février 1842 au Conseil d'Etat

Arrête :

Art. 1<sup>er</sup>. L'assemblée générale de la commune de Münster est convoquée pour le dimanche 12 du courant mois après l'issue des offices divins. Elle sera présidée par le président de la commune et tenue en présence d'un commissaire délégué *ad hoc* par le gouvernement.

Art. 2. Tout citoyen faisant partie du Conseil général de la commune est tenu, sous peine de 20 francs d'amende, d'assister à la réunion du 12 de ce mois, le seul cas d'empêchement majeur réservé.

Art. 3. La commune de Münster, et notamment les quatre-vingts individus signataires de l'acte de décembre 1841 y prononceront publiquement leur reconnaissance absolue du Conseil de la commune de Münster, ainsi que leur pleine et entière soumission en lui témoignant le respect et l'obéissance qu'ils lui doivent.

Art. 4. Les mêmes auront à donner satisfaction suffisante au président pour les empiètements qu'on s'est permis sur les attributions de son office, et notamment pour la détention illégale des clefs de la maison communale. A cet effet, le détenteur incompétent de ces clefs, en reconnaissance d'aveu du tort commis, les remettra au président de la commune en présence du délégué du gouvernement et de l'assemblée avec manifestation de son respect.

Art. 5. Les réunions de la commune qui ont eu lieu illégalement, ainsi que toutes les délibérations y prises comme aussi toutes distributions d'argent pris hors de la caisse communale qui pourraient avoir été faites, sont déclarées nulles et comme non avenues, et les argents distribués seront reportés pour être remis dans la caisse en présence du commissaire du gouvernement.

Art. 6. Ledit commissaire requerra personnellement tous les membres de l'assemblée communale à la soumission et tiendra note de ceux qui ne s'y soumettront pas explicitement.

Art. 7. Dans le cas où ce dernier appel n'obtiendrait pas l'entier rétablissement de l'ordre légal et de l'obéissance due aux autorités, l'obtention de ce but irrémissible se poursuivra au moyen de mesures coercitives instantanément prises.

Art. 8. Les frais ainsi que les suites qui en résulteront seront supportés par les récalcitrants et principalement par leurs chefs ou instigateurs.

Art. 9. Les mêmes seront en sus déclarés responsables pour toutes les injures et violences ultérieures commises envers les autorités locales, et tenus aux frais et dommages en résultant.

Art. 10. L'enquête judiciaire ordonnée au sujet des désordres survenus en décembre dernier à Münster s'étendra en même temps sur tous les actes injurieux, maltraitements et révolte qu'on se sera permis depuis lors envers les autorités, et en poursuivra la punition légale.

Art. 11. Le présent arrêté sera publié dimanche 12 juin 1842 en présence de M. le président du louable dizain de Conches, et restera affiché publiquement jusqu'à nouvel ordre.

(Entwurf, unsigniert.)

## Münster, den 20. Juni 1842. — Protokoll der Gemeindeversammlung

Laut Proklamation des Hohen Staatsrates vom [15.6.1842] versammelte sich am 20. Brachmonat 1842 der Präsident der Gemeinde Münster mit den übrigen 2 Vorstehern einerseits, anderseits die Gemeinde selbst erwähnten Ortes in betreff der Zerwürfnisse zwischen bemeldeten Parteien von dem Hochgeachtetsten Herrn Staatsrate de Rivaz und Hochgeehrten Herrn Zehndenpräsident Wellig, als von der Hohen Regierung abgeordneten Kommissären, welche mit väterlich warnenden Worten, von Seite der Gemeinde Münster Gesetzlichkeit und Ordnung wiederherzustellen, im Begriffe waren, um über die Beschlüsse obiger vom Hohen Staatsrate an die Gemeinde erlassenen Proklamation abzustimmen, welche Abstimmung geschehen ist, wie folgt.

Verzeichnis derjenigen, welche den Ortsrat unbedingt anerkennen und sich demselben unterwerfen.

1. Joseph Anton Thenen, Vorsteher
2. Anton Imsand
3. Anton Guntern.

Verzeichnis derjenigen, welche den Ortsrat gemäß dem Friedensakt nur provisorisch anerkennen wollen.

- |                                    |                                |
|------------------------------------|--------------------------------|
| 1. Johann Baptist Werlen           | 26. Thenen Joseph Anton        |
| 2. Guntern Johann Baptist          | 27. Thenen Joseph Anton        |
| 3. Lagger Johann Joseph, Vorsteher | 28. Imsand Joseph              |
| 4. Lagger Ferdinand, Vize-Kastlan  | 29. Imsand Salesius            |
| 5. Imoberdorf Franz Joseph         | 30. Thenen Franz               |
| 6. Bacher Franz                    | 31. Imsand Joseph              |
| 7. Imsand Wendelin                 | 32. Riedmatten Joseph          |
| 8. Jergen Melchior                 | 33. Felix Imsand               |
| 9. Lagger Franz Joseph             | 34. Nessier Thomas             |
| 10. Lagger Joseph Anton            | 35. Lagger Peter Anton         |
| 11. Johann Joseph Imsand           | 36. Imsand Justinus            |
| 12. Werlen Peter                   | 37. Bacher Peter               |
| 13. Werlen Joseph Anton            | 38. Riedmatten Peter Adrian    |
| 14. Jergen Peter Joseph            | 39. Lagger Dominikus           |
| 15. Zehner Franz Joseph            | 40. Imsand Felix               |
| 16. Imsand Johann Baptist          | 41. Riedmatten Anton           |
| 17. Zehner Joseph                  | 42. Zehner Franciscus          |
| 18. Imsand Moritz                  | 43. Imoberdorf Johann Baptist  |
| 19. Guntern Andreas                | 44. Jergen Johann Christian    |
| 20. Lagger Franz                   | 45. Imoberdorf Anton           |
| 21. Lagger Franz                   | 46. Imoberdorf Joseph Valentin |
| 22. Imsand Joseph                  | 47. Zehner Franz Joseph        |
| 23. Imoberdorf Joseph Ignaz        | 48. Zehner Joseph Anton        |
| 24. Lagger Johann Adrian           | 49. Lagger Joseph Anton        |
| 25. Imsand Johann Jos.             | 50. Imoberdorf Joseph Anton    |

51. Jost Peter  
 52. Thenen Peter Joseph  
 53. Lagger Johann Joseph  
 54. Thenen Johann Joseph  
 55. Thenen Cyprianus  
 56. Imoberdorf Joseph  
 57. Nessier Franciscus  
 58. Imoberdorf Johann Baptist  
 59. Thenen Christian  
 60. Lagger Alois  
 61. Thenen Johann Joseph  
 62. Thenen Peter Joseph

63. Nessier Peter Joseph  
 64. Imsand Johann Baptist  
 65. Imsand Christian, gestorben  
 66. Imsand Peter, gestorben  
 67. Johann Joseph Imsand, abwesend  
 68. Zehner Franz Joseph, abwesend  
 69. Imsand Johann Joseph, minderjährig  
 70. Jost Vinzenz, Einwohner  
 71. Lagger Peter Jost, als Briefträger abwesend, für ihn stimmte Imsand Johann Joseph als dazu beauftragt gleich den Obigen.

In betreff des vierten Artikels wurde die Zurückerstattung des Gemeindsschlüssels dem Ortspräsidenten verweigert.

Da gemäß dem 5. Artikel die unter die Bürger verteilten Gelder zurückgefordert wurden vom Hochgeachteten Herrn Staatsrate de Rivaz, so erhob sich von Seite der Gemeinde ein wildes Geschrei, beharrten auf ihrem Ungehorsam und traten aus der Versammlung, und somit konnte ungeachtet der bestgemeinten Vorstellungen der Hochgeachteten Herren Kommissäre nichts mehr bewirkt werden und die Sitzung wurde geschlossen.

(Orig., eigenh. Unterschrift des Gemeindeschreibers Anton Lagger.)

## 23

### Sitten, den 28. Juni 1842. — Bericht der Regierungskommissäre Staatsrat de Rivaz und Polizeikommandant de Nucé

Deux proclamations adressées par le Conseil d'Etat au peuple de Münster pour l'engager à se soumettre sans réserve à l'ordre légal ayant été infructueuses, et de nouvelles usurpations sur l'autorité constitutionnelle du Conseil communal ayant été commises, le pouvoir exécutif a cru devoir adresser à ce peuple égaré une dernière sommation à l'effet de mettre un terme à l'agitation et aux actes illégaux dont la commune de Münster était devenue le théâtre depuis le 27 décembre dernier.

Tel était le but de l'arrêté du Conseil d'Etat en date du 15 courant.

Les commissaires soussignés reçurent la mission de se rendre à Münster pour assister à l'assemblée générale de la commune convoquée pour le lundi 20 de ce mois, et de faire exécuter le susdit arrêté; ils viennent par le présent rapport vous rendre compte de leur mission.

L'un des commissaires, M. Wellig, président du dizain de Conches, s'est rencontré conformément à l'invitation qu'il en avait reçue du département

de l'Intérieur, à Münster, déjà le dimanche 19 du courant, et l'arrêté du Conseil d'Etat a été publié, en sa présence, ledit jour à l'issue des offices divins, au lieu ordinaire des publications. Cette lecture a été écoutée avec calme et en silence et aussitôt après l'arrêté a été affiché.

Mais dès que M. le président Wellig se fut retiré, un murmure confus témoigna de l'irritation qu'avaient produite les ordres du Conseil d'Etat.

Dans l'après-midi, des réunions doivent avoir eu lieu dans des maisons particulières où s'organisa probablement la résistance qui se manifesta le lendemain.

L'assemblée générale se réunit le 20 dans la maison de commune à l'heure fixée par l'arrêté ; les commissaires jugèrent à propos de le faire lire encore une fois, afin que chaque citoyen pût en bien saisir les dispositions et se bien pénétrer de la nécessité de s'y soumettre.

Les commissaires se sont appliqués, de leur côté, à faire ressortir cette nécessité en retraçant combien il serait dangereux pour l'ordre public de laisser impunis les actes illégaux qui ont introduit l'anarchie dans la commune de Münster, et en appelant l'attention des citoyens sur les suites fâcheuses qu'une obstination prolongée dans la désobéissance leur attirerait, le Conseil d'Etat étant bien décidé à faire usage des pleins pouvoirs que lui a accordés le Grand Conseil pour obtenir l'exécution de l'arrêté du 15 juin.

Les commissaires crurent devoir leur déclarer en outre que l'acte du 2 février qualifié d'acte de réconciliation, par lequel l'autorité n'était reconnue que *provisoirement*, n'avait pu être envisagé par le Conseil d'Etat comme satisfaisant ; ils firent aussi observer que la promesse de reconnaître et de respecter l'autorité n'avait pas été tenue, puisque dans des assemblées illégalement réunies il avait de nouveau été empiété sur les attributions du Conseil communal ; que d'ailleurs le Conseil d'Etat ne pourrait jamais se contenter d'une soumission provisoire, liée à des conditions.

Les 81 signataires de l'écriture du 24 janvier 1842 furent ensuite nominativement interpellés à faire au Conseil communal leur soumission dans le sens de l'art. 3 de l'arrêté.

A l'exception de trois, dont la soumission fut sans réserve, tous déclarèrent vouloir s'en tenir purement et simplement à l'*acte dit de réconciliation*, et cela malgré qu'il leur fût itérativement rappelé qu'une soumission de cette nature ne satisfaisait pas au but de l'arrêté.

Invitée ensuite à mettre à exécution l'art. 4 de l'arrêté qui prescrit la remise respectueuse des clefs de la commune au président, l'assemblée s'y est positivement refusée, alléguant que les avoirs de la commune appartenant à la généralité, c'était à celle-ci à disposer des clefs afin de pouvoir veiller à la conservation des titres et fonds communs.

L'art. 5 de l'arrêté déclarait nulles toutes les opérations faites dans des assemblées illégalement convoquées et notamment toute distribution d'argent provenant de la caisse communale, et en ordonnait la réintégration immédiate dans ladite caisse.

L'invitation de se soumettre à cette disposition fut accueillie par une clameur générale : l'on entendit des voix dire avec un ton d'irritation que, puisqu'on prétendait les empêcher de disposer de ce qui était bien à eux, ils n'avaient plus qu'à s'en aller. La majeure partie de l'assemblée quitta en effet tumultueusement la salle en proférant de violentes récriminations contre le Conseil communal et son président.

Les commissaires voyant que les conseils de la raison et les explications pour leur faire comprendre leurs torts n'avaient aucun accès chez ce peuple aveuglé, ne crurent pas devoir tenter de le retenir plus longtemps et déclarèrent en conséquence l'assemblée dissoute.

Ils étaient, dans l'après-midi, au moment de quitter Münster, lorsque trois citoyens, de ceux qui dans l'assemblée du matin avaient habituellement pris la parole au nom du peuple, demandèrent à avoir un entretien avec les commissaires. Dans cet entretien qu'ils déclarèrent n'avoir sollicité que de leur mouvement spontané sans mission de personne, ils annoncèrent que, pour épargner à leur commune les désagréments qu'une résistance aux ordres du gouvernement pourrait lui attirer, ils engageraient leurs concitoyens, sans toutefois se porter forts pour eux, à prononcer leur soumission absolue à l'autorité communale, à condition que celle-ci se soumette aussi à la loi, et ils prièrent les commissaires de permettre que l'assemblée générale fût de nouveau réunie le lendemain matin, 21 juin.

Les commissaires hésitèrent un instant sur la réponse qu'ils devaient faire à ces trois citoyens ; ils se sont demandé s'il était convenable que les envoyés du gouvernement prissent l'engagement de reparaitre devant une assemblée qui peu d'heures auparavant avait méprisé toutes leurs exhortations. Toutefois, en se pénétrant bien du but de leur mission, ils n'ont pas cru devoir se laisser arrêter par cette considération et ils ont pensé qu'elle ne les justifierait pas du reproche qui aurait pu leur être adressé, d'avoir négligé ce moyen de rétablir l'ordre légal dans la commune de Münster.

Ils ont en conséquence déclaré aux trois citoyens qui s'étaient rendus auprès d'eux, qu'ils ne voulaient pas refuser au peuple le moyen de revenir d'une détermination qui ne pouvait être que le fruit de mauvais conseils, et qu'ils se rendraient au vœu qui venait de leur être exprimé, mais afin de prévenir toute induction équivoque que l'on voudrait tirer de cette concession, les commissaires ont ajouté que la soumission exigée par l'art. 3 de l'arrêté ne serait pas suffisante si elle n'était immédiatement suivie des effets qui devaient



en être la conséquence naturelle, savoir l'exécution des art. 4 et 5 de l'arrêté ; quant à la condition que le Conseil communal respectât lui-même la loi, les commissaires firent observer que c'était une réserve superflue et inutile, la loi étant obligatoire indistinctement pour tous les citoyens ; que si le Conseil ne s'y conformait pas, ils devaient porter leurs plaintes devant l'autorité supérieure qui examinerait leurs griefs avec impartialité et leur rendrait bonne justice.

Le lendemain 21 juin, le peuple se réunit une seconde fois à la maison de commune : les deux tiers à peu près des votants furent présents. Interpellés de nouveau nominativement à déclarer s'ils voulaient se soumettre à l'ordre légal et reconnaître l'autorité communale dans le sens de l'art. 3 de l'arrêté, ils répondirent tous affirmativement, mais lorsqu'ils furent invités à mettre à exécution les art. 4 et 5, les commissaires eurent le regret de voir que cette soumission n'était ni franche ni sincère, puisque l'exécution desdits articles fut refusée avec tout autant d'opiniâtreté que la veille : onze citoyens seulement, nominativement désignés dans le protocole de l'assemblée, déclarèrent se soumettre en tout aux prescriptions de l'arrêté ; dix d'entre eux qui avaient reçu leur part dans une distribution, illégalement faite, de l'argent de la commune, déposèrent entre les mains des commissaires la somme qui leur était échue dans ce partage ; ne pouvant être versée immédiatement dans la caisse communale, dont les clefs n'avaient pas été restituées, les commissaires la remirent au président du Conseil.

Après avoir encore une fois rendu le peuple de Münster attentif sur les suites fâcheuses que son opiniâtre résistance aux ordres du gouvernement pouvait avoir pour ladite commune, les commissaires quittèrent l'assemblée et immédiatement après Münster, avec le regret d'avoir échoué dans leur mission, mais avec le sentiment d'avoir fait tout ce qui dépendait d'eux pour ouvrir les yeux à ce peuple aveuglé sur ses devoirs ainsi que sur ses vrais intérêts.

Les commissaires sont partis avec la conviction que la grande majorité du peuple, en persévérant ainsi dans la résistance, n'a fait que céder aux funestes suggestions de quelques meneurs qui, eux-mêmes, recevaient, dit-on, des conseils de personnes étrangères à la commune.

L'ordre légal, le respect dû aux arrêtés du Conseil d'Etat, la tranquillité et la paix de la commune de Münster réclament l'intervention énergique du pouvoir exécutif s'il veut dompter le monstre de l'anarchie qui règne dans cette commune et prévenir les maux qu'un pareil état de choses pourrait entraîner, non seulement pour Münster, mais encore pour tout le canton.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

**Münster, den 2. Juli 1842. — Bittschreiben des Großkastlans Eugen Weger  
im Namen der 81 aufständischen Bürger von Münster**

Auf Ansuchen der verehrten Bürger der Burgschaft Münster bewegen mich in Ihrem Namen folgendes Bittschreiben an Sie, Hochgeachtetster Herr Staatsrat, zu senden.

Es versammelten sich nämlich am 2. Heumonats des laufenden Jahres die Bürger löblicher Burgschaft Münster aus eigenem Antriebe im Bürgerhause; einsehend, daß aus Mißverständnis sie sich an den Tagen, wo der Hohe Staatsrat als Abgeordneter hier war, um die Zerwürfnisse und Unordnungen in Münster zu beseitigen, sich verfehlt haben und auf Irrwege abgegangen seien; erkennend als ihren Fehler, Irrung und Ungehorsam, haben sie am heutigen Tage den staatsrätlichen Beschlüssen und Verordnungen, datiert vom 15. Brachmonat 1842, gebührend Folge geleistet und gehuldigt im Sinne erwähneter Proklamation, wie Sie, Hochgeachtetster Herr Staatsrat, aus hier beigelegtem Versöhnungs- und Attestationsschein, unterzeichnet von den Herren Vorstehenden löblicher Burgschaft Münster, einsehen.

Die Versammlung war in gehöriger Ordnung und in gebührender Achtung gegen den Vorstand, und die staatsrätlichen Beschlüsse wurden von der Versammlung angenommen und unterwarfen sich derselben. Die Bürger von Münster, hoffend auf Ihre väterliche Großmütigkeit, Milde und Nachsichtigkeit, erkennend ihre Fehler, und die dargebrachte unbedingte Unterwerfung der obenerwähnten staatsrätlichen Beschlüsse läßt sie sehnlichst hoffen, und dürfen es hoffen ein günstiges Gehör finden zu können.

Zwei geehrte Männer werden überdies von den 81 Bürgern unterzeichnet in einer Protestation vom 24. Jenner laufenden Jahrs, die Ihnen, Hochgeachtetster Herr Staatsrat, diesen Bittbrief übergeben, und alles, was sich möglichst tun läßt bei Ihnen auszubitten und auszumitteln, und wo möglichst alles zu beseitigen. Wie auch empfehle ich erwähnte Bürger in Ihre Großmut und Milde.

Mit demütigster Unterwürfigkeit und Anempfehlung in Ihre väterliche Großmut, Milde und Schonung dieser so wichtigen Angelegenheit und mit vollkommenster Ergebenheit...

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

**Münster, den 3. Juli 1842. — Schreiben der Gemeindebehörde an den  
Vorsteher des Departementes des Innern**

Endesunterfertigter Präsident und Ortsvorstand löblicher Gemeinde und Burgschaft Münster bescheinen hiemit, daß die sämtlichen Bürger Münsters, insonderheitlich die einundachtzig Bürger, welche die Protestaz vom 24. Jänner 1842 wider die Anerkennung des Gemeindsvorstandes unterzeichnet haben,

1. Heute denselben zurückgezogen und eine unbedingte Anerkennung des Ortsrates, wie auch eine vollständige Unterwerfung demselben gemacht haben,

2. Die Gemeindsschlüssel mit gebührender Achtung dem Ortspräsident persönlich seien zurückerstattet worden,

3. Die ausgehobenen Gelder in die Gemeinskasse zurückgelegt worden, und hiemit dem Beschlusse des Hohen Staatsrates vom 15. Juni 1842 in allen seinen Artikeln vollständige Genugtuung sei geleistet worden.

Es dankt hiemit der sämtliche Vorstand Münsters der Hohen Regierung für ihre geleistete wirksame Unterstützung, empfiehlt aber auch seine verirrten Untergebenen der väterlichen Gnade und Großmut des hochweisen Staatsrates.

(Orig., eigenh. Unterschriften des Präsidenten Valentin Bacher, des Vizepräsidenten Sebastian Werlen und des Gemeindeschreibers Anton Lagger.)

**Sitten, den 3. Juli 1842. — Erklärung der Gemeindeabgeordneten  
Johann Joseph und Franz Joseph Lagger**

Die unterzeichneten Abgeordneten der Gemeinde Münster geben hiemit dem Hohen Staatsrat auf ihr Ehrenwort und Gewissen die Zusicherung, daß die am 2. des laufenden Monats erfolgte unbedingte Unterwerfung der Gemeinde Münster gegen den Beschluß des Staatsrates am 15. letzten Juni von sämtlichen Gemeindbürgern ausgegangen ist und verpflichten sich im Namen derselben diese Unterwerfung auf folgende Weise zu vervollständigen:

1. Der staatsrätliche Beschluß vom 15. Juni wird in Gegenwart von Regierungskommissarien in Münster so vollzogen werden, wie es am 20. letzten Juni hätte geschehen sollen.

2. Die infolge der ordnungswidrigen Auftritte von Münster erfolgten Kosten, mit Inbegriff derjenigen, welche die neue Sendung von Commissarien veranlassen wird, werden von den Widerspenstigen ertragen werden, mit der Versicherung, daß selbige weder denjenigen, die sich am 21. Juni unterworfen haben, noch der Gemeinskasse zur Last fallen werden.

3. Die noch am Leben befindlichen Gemeinder von Münster, welche die Schrift vom 24. letzten Jenners unterschrieben haben, werden den Herren Regierungskommissarien eine mit ihren sämtlichen Unterschriften versehene, in jeder Hinsicht vollständige Unterwerfungsurkunde sowohl in betreff des Beschlusses vom 15. Juni als der obigen Vervollständigung überreichen und dabei persönlich gegenwärtig sein.

Sollte diese von den Unterzeichneten, namens ihrer Constituenten eingegangenen Verpflichtungen ganz oder zum Teil nicht erfüllt werden, so werden die staatsrätlich angeordneten Zwangsmaßregeln gegen die Gemeinde Münster in Erfüllung treten.

(Orig., eigenh. Unterschriften.)

27

**Sitten, den 3. Juli 1842. — Schreiben des Advokaten Emmanuel Ganioz  
an den Vorsteher des Departementes des Innern**

La mission que vous m'annoncez est aussi difficile que périlleuse. Mon éloignement pour tout ce qui tient à la vie publique et mes goûts d'habitudes paisibles me détermineraient à vous présenter des excuses. Mais l'importance du cas me donne la mesure de la confiance que le Conseil d'Etat daigne me conserver; il ne me reste qu'à tâcher de la mériter, dût ma bonne volonté se réduire à de vains efforts.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

**Sitten, den 5. Juli 1842. — Entwurf einer staatsrätlichen Proklamation  
an die Bürger von Münster**

Eingesehen, die ihm heute von den Herren Johann Joseph Lagger und Franz Joseph Lagger als bevollmächtigte Abgeordnete löblicher Gemeinde Münster eingereichte, von Herrn Großkastlan Eugen Weger im Namen der 81 Unterzeichner der Schrift vom 21. letzten Jänners am 2. des laufenden Monats unterzeichnete Unterwerfung gegen den staatsrätlichen Beschluß vom 15. Juni letzthin,

Eingesehen die unter dem 3. des fließenden Monats von dem Rate der Gemeinde Münster in gleichem Sinn ausgestellte Erklärung,

Erwägend einerseits, daß durch erwähnte Unterwerfung ein bedeutender Schritt zur Herstellung der gesetzlichen Ordnung in Münster bereits geschehen, dieselbe aber, um dem staatsrätlichen Beschluß vom 15. Juni zu entsprechen, eine Vervollständigung erheischt,

Erwägend anderseits, daß diese Vervollständigung durch die Erfüllung der von den zwei Herren Abgeordneten heute im Namen ihrer Konstituenten eingereichten schriftlichen Versprechen erzielt wird, dahin lautend, daß

1. etc. (Hier sollen die Artikel des Unterwerfungsakts abgelesen [werden].)

In Würdigung der dringenden von denselben an den Staatsrat gerichteten Bitten um Erlaß der über Münster verhängten Militärökkupation und Einstellung der über die daselbst in den letzten Zeiten stattgefundenen Unordnungen angeordneten gerichtlichen Untersuchung,

e r k l ä r t,

Daß die Militärökkupation von Münster einstweilig eingestellt ist,

Daß dieselbe aber unverzüglich vollzogen werden wird, falls die erwähnten Versprechen der Herren Abgeordneten nicht ohne die mindeste Zögerung erfüllt werden sollten,

Es werden sofort behufs der Vervollständigung der eingereichten Unterwerfung Regierungskommissarien nach Münster abreisen.

Auf jeden Fall bleibt der angeordneten gerichtlichen Untersuchung ihr ungehemmter voller Lauf vorbehalten.

(Entwurf, ohne Unterschriften.)

**Sitten, den 6. Juli 1842. — Instruktionen des Staatsrates für die  
nach Münster beordneten Regierungskommissäre**

Art. 1. Le Conseil d'Etat ayant jugé nécessaire de prescrire quelques dispositions à l'effet de compléter la soumission qui lui a été remise au nom des citoyens de Münster qui n'avaient pas obéi à l'arrêté du 15 juin dernier, le but principal de la mission de M. le commissaire est de procurer l'exécution des engagements pris par écrit le 5 du courant par les deux délégués porteurs de la soumission.

Art. 2. Il fera à cet effet réunir l'assemblée générale en rendant ceux qui, sans motif d'empêchement légitime, n'y paraîtraient pas, passibles de l'amende statuée par l'art. 2 de l'arrêté du 15 juin dernier.

Art. 3. Ceux des 81 signataires de l'écriture du 24 janvier 1842 qui ne se présenteraient pas, sauf le cas d'impossibilité bien constatée, pour signer la contre-déclaration que l'on exige d'eux, seront en outre sommés de venir apposer leur signature. Ceux qui ne répondraient pas à cette sommation seront considérés comme rebelles et ne seront plus admis à faire leur soumission que devant le Conseil d'Etat, à Sion, et dans le terme de trois jours.

Art. 4. Il déclarera à l'assemblée que ceux qui refuseront de se soumettre complètement et sans réserve aux ordres du gouvernement, seront seuls passibles des frais qu'entraînera l'occupation militaire.

Art. 5. M. le commissaire exigera le dépôt d'une somme de [...] francs pour répondre approximativement des frais dont il est question à l'art. 2 de la pièce signée par les délégués. Toutefois si cette somme ne pouvait être acquittée immédiatement, il pourra se borner à exiger une promesse écrite de payer tous les frais dans le terme de [...]. Les signataires de cette promesse devront s'en constituer les garants solidaires.

Art. 6. Si cela n'a pas déjà eu lieu et si le président de la commission le demande, M. le commissaire fera procéder à l'inventaire des valeurs et titres qui se trouvent déposés dans la caisse communale.

(Entwurf, unsigniert.)

### Münster, den 8. Juli 1842. — Protokoll der Gemeindeversammlung

Dem Befehle der Hohen Regierung gemäß wurde an diesem Tage durch den hochgeachteten Herrn de Nucé, Hauptmann der Gendarmerie, als von Hochderselben abgeordnetem Kommissar, über den Beschluß des Hohen Staatsrates vom 15. Juni 1842 von den Gemeindbürgern, insonderheit von den einundachtzig Unterzeichnern des Protestates wider die unbedingte Anerkennung des Ortsrates Münsters vom 24. Januar 1842 wieder abgestimmt, wie folgt:

1. Was die Zurückerstattung der Gemeindsschlüssel betrifft, wurden selbe dem Ortspräsident ehrerbietig zurückerstattet.

2. Gleichfalls wurden die verteilten Gelder einmütig in die Gemeindskasse zurückgelegt schon bei der Versammlung vom 3. Juli 1842.

3. Die Entrichtung der bis dahin aufgelaufenen Unkosten wurde von den Bürgern der Gemeinde Münster angenommen und versprochen, selbe auf den 11. November zu zahlen, wofür sich Herr Großkastlan Weger, Ferdinand Lagger und Franz Joseph Lagger als Hauptzahler und Bürge stellten.

4. Gemäß des Beschlusses des Hohen Staatsrates vom 2. Juli 1842 und zufolge der Proklamation vom 15. Juni 1842 wurde von den einundachtzig Bürgern die unbedingte Anerkennung des Ortsrates durch eigenhändige Unterzeichnung bekräftigt.

Beinebens erklärte der hochgeachtete Herr Kommissar der ganzen Versammlung, daß die Unkosten, die in Zukunft etwa noch erfolgen möchten, nur auf den Widerspenstigen lasten werden.

Somit wurde die Sitzung geschlossen.

(Orig., eigenh. Unterschrift des Gemeindeschreibers Anton Lagger.)

### Münster, den 8. Juli 1842. — Unterwerfungs-Urkunde

Wir, die endesgefertigten Unterzeichner der dem Hohen Staatsrate gegen den Gemeinderat von Münster am 24. letzten Januar eingereichten Beschwerdeschrift, bekennen und erklären hiermit:



— daß wir dieselbe widerrufen, den Gemeinderat von Münster unbedingt anerkennen und uns demselben vollständig unterwerfen,

— daß wir uns desgleichen dem staatsrätlichen Beschlusse vom 15. Juni 1842 in allen seinen Teilen und Anordnungen unterziehen und so erfüllen, wie es für den 20. letzten Monats vorgeschrieben war,

— daß wir sämtliche durch die in den letzten Zeiten zu Münster stattgefundenen ordnungswidrigen Auftritte verursachten Kosten gemäß erwähntem Beschluß des Staatsrates auf uns nehmen, und ohne Anstand entrichten werden,

— daß wir somit die von den von uns an den Staatsrat geschickten Abgeordneten, Herren Johann Joseph Lagger und Franz Joseph Lagger, am 5. Juli eingegangenen Versprechen, welche in der Erklärung des Staatsrates vom gleichen Tage angeführt sind, gutheißen und für uns als verpflichtend betrachten,

— daß wir endlich unseren Kantons- und Gemeindsbehörden Achtung, Gehorsam und Unterwürfigkeit versprechen und beobachten und uns in Zukunft als friedsame, gesetz- und ordnungsliebende Bürger stets betragen werden.

Ausgefertigt in Münster, den 8. Juli 1842, um dem Herrn Regierungskommissär zu handen des Hohen Staatsrates in unserer Gegenwart überreicht zu werden.

Johann Batist Imsand;  
Peter Joseph Nessier;  
Peter Joseph Thenen;  
Hauszeichen des Franz Joseph Thenen;  
Alewis Lagger;  
Antoni Imsand;  
Hans Christian Thenen;  
Batist Imoberdorf;  
Franciscus Nessier auf der Alpe, also abwesend;  
Johann Joseph Imsand auf der Alpe;  
Joseph Ferdinand Imoberdorfs Hauszeichen;  
Hauszeichen des Joseph Imsand;  
Johann Joseph Thenen;  
Cyprianus Thenen als Militair in Sitten;  
Hansy Lagger;  
Peter Joseph Thenen;  
Peter Jost;  
Joseph Antony im Oberdorff;  
Lagger Joseph Anton;  
Joseph Anton Zender;  
Franz Johann Zender;  
Hauszeichen des Franz Joseph Zehner;  
Imsand Johann Joseph erklärt, daß er nie unterschrieben habe, weil er nicht gegenwärtig war, aber der allgemeine Ruf sagt, daß sein Vater für ihn unterzeichnet habe;

Valentin im Oberdorff;  
Imoberdorf Anton;  
Hans Christian Jergen;  
Battist Imoberdorf;  
Franz Joseph Zehner;  
Hauszeichen des Anton Riedmatten;  
Felix Imsand, ist auf der Alpe;  
Domini Lagger;  
Peter Adrian von Riedmatten;  
Peter Bacher;  
Justinus Imsand, auf der Alpe;  
Andreas Lagger ist nicht stimmfähig;  
Anton Lagger, auf der Alpe;  
Thomas Nessjer;  
Felix Imsand, auf der Alpe;  
Joseph Anton Lagger;  
Hauszeichen des Joseph von Riedmatten;  
Hauszeichen des Joseph Imsand;  
Lorenz Thenen, auf der Alpe;  
Valentin Imsand;  
Joseph Imsand, in Pomat auf der Alpe;  
Joseph Anton Thenen;  
Hauszeichen des Joseph Anton Thenen;  
Anton Imsand, Hauszeichen;  
Joseph Johann Imsand, ist nicht stimmfähig;  
Adrian Lagger;  
Joseph Ignaz Imoberdorf;

Hauszeichen des Joseph Imsand;  
 Franz Lager, ist auf der Alpe, Johann  
 Joseph Lager bevollmächtigt zu stimmen;  
 Franz Lager, in Billigung Gesetzes;  
 Andreas Guntren;  
 das Hauszeichen des Moritz Imsand;  
 Baptist Imsand, abwesend;  
 Hauszeichen des Joseph Zehner;  
 Franz Joseph Zehnder;  
 Peter Joseph Jerien;  
 Joseph Anton Werlen;  
 Joseph Thenen;  
 Hauszeichen des Peter Werlen;

Johann Joseph Imsand;  
 Peter Joseph Lager, Briefträger, abwesend;  
 des Peter Anton Lagers Hauszeichen;  
 ich Franz Joseph Lager;  
 Melchior Jerien;  
 Imsand Wendelinus;  
 Franz Bacher;  
 Franz Imoberdorf;  
 Lager Ferdinand;  
 Lager Johann Joseph;  
 Johann Baptist Guntern;  
 Patist Werlen;  
 Hauszeichen des Joseph Bonifaz Lager.

(Orig., eigenh. Unterschriften.)

### 32

#### **Münster, den 8. Juli 1842. — Bürgschaftsversprechen der Herren Franz Joseph Lager, Eugen Weger und Ferdinand Lager**

Unterfertigte Herren bescheinen hiemit, daß sie sich für die der Hohen Regierung zu entrichtenden Unkosten, die in betreff Zerwürfnisse Münsters bis dahin aufgelaufen sind, als Hauptzahler und Bürge stellen bis zum Be-  
 laufe von zweihundert und fünfzig Franken, welche auf St. Martini als den  
 11. November bezahlt werden müssen.

(Orig., eigenh. Unterschriften.)

### 33

#### **Sitten, den 11. Juli 1842. — Bericht des Regierungskommissärs de Nucé an den Staatsrat**

Parti de Sion pour se rendre à Münster le 6 juillet à une heure du soir, le commissaire a compris que la réussite de sa mission dépendrait beaucoup de la célérité avec laquelle elle serait remplie; aussi se hâta-t-il de quitter Brigue le 7 à l'aube du jour et arriva à Münster à 11 heures.

A son arrivée, il se rendit de suite chez M. le président de la commune qu'il ne trouva pas; il le fit chercher. Ce ne fut qu'à trois heures du soir que cette autorité se présenta chez le commissaire qui lui fit part du but de sa mission et l'invita à convoquer au plus tôt l'assemblée générale de sa commune.

M. le président demanda à pouvoir consulter le Conseil communal sur cet objet, promettant de donner une réponse dans la soirée. Effectivement, entre 5 et 6 heures du soir se présentèrent chez le commissaire : M. le président de la commune, M. le grand châtelain du dizain et M. le conseiller Jean-Joseph Lagger. Ces trois Messieurs déclarèrent qu'il était presque impossible de réunir les bourgeois de Münster avant dimanche matin, 10 juillet, vu que la grande majorité d'entre eux se trouvaient disséminés dans deux montagnes pour assister le lendemain, 8 juillet, au mesurage du lait, opération qui devait durer une partie de la matinée.

Le commissaire proposa alors (vu la déclaration d'impossibilité faite par ces trois Messieurs de tenir l'assemblée générale le 8) de la tenir le samedi 9 juillet, à 7 heures du matin. Il lui fut répondu que le 9 il serait encore plus impossible de la tenir que le 8, vu que ce jour le lait devait se mesurer dans deux autres montagnes encore plus éloignées que celles où on se trouvait le 8, et que ces montagnes étant indivises avec d'autres communes, qui toutes étaient prévenues du jour convenu, il devenait impossible de le changer.

Après un instant de pourparlers, pendant lequel le commissaire chercha à connaître les distances des montagnes les plus éloignées où devaient se trouver les bourgeois de Münster le 7 au soir, il jugea qu'il y aurait encore possibilité, en faisant diligence, de les avertir encore le soir même, de se trouver le lendemain matin à l'assemblée générale.

M. le commissaire se fortifia dans cette opinion en réfléchissant que, plus le moment de la convocation des bourgeois serait éloigné, plus les meneurs auraient le temps d'intriguer et de cabaler ; ce qui enfin le détermina à hâter la réunion, ce fut l'idée de voir, le dimanche matin, une partie de la population voisine accourir à Münster et y semer des germes de dissension et de résistance envers les ordres du gouvernement. Ces populations hétérogènes à la commune de Münster n'ayant pas à supporter les conséquences d'une désobéissance envers l'Etat, ne se seraient pas fait grand scrupule de se joindre aux meneurs pour former le noyau d'une résistance ouverte.

Le commissaire vit dans ce retard de réunir la commune un échec presque certain de sa mission. Il résolut donc de déclarer positivement à M. le président et au Conseil communal que l'assemblée générale devait avoir lieu le vendredi 8 ou le samedi 9 dans la matinée ; qu'ils avaient à choisir entre ces deux jours.

Ces Messieurs firent de nouvelles tentatives pour amener le commissaire à consentir au renvoi de la réunion jusqu'au dimanche ; mais celui-ci ayant été inébranlable dans sa résolution, ils déclarèrent, après s'être consultés un instant, que puisqu'il ne leur restait qu'à choisir entre le vendredi et le samedi matin, ils croyaient devoir opter pour le vendredi.

M. le président ayant fixé l'heure à 8 heures du matin, le commissaire l'invita à expédier de suite des commissionnaires dans toutes les directions avec un ordre par écrit, portant que l'assemblée générale était convoquée pour le lendemain, à 8 heures du matin, sous peine de 20 francs d'amende pour ceux qui y feraient défaut sans des motifs légitimes.

Le 8 juillet, à 8 heures du matin, la cloche donna le signal de l'assemblée ; peu à peu, les bourgeois de Münster se réunirent sur la place, devant la cure et près de la maison communale. Vers les 8 heures et quart, une discussion très animée se fit entendre jusqu'à l'auberge où logeait le commissaire ; cette discussion fit bientôt place à une vive querelle entre quelques individus que l'on voyait au milieu d'un groupe de quarante à cinquante personnes. Enfin des vociférations épouvantables, des huées, des cris de sauvages sortirent de ce groupe qui s'animait de plus en plus. Plusieurs ne se contentant pas de ces démonstrations de mécontentement se tournèrent d'un air furieux contre l'auberge où logeait le commissaire et firent quelques gestes menaçants.

Bientôt arriva M. le président, qui invita le commissaire à bien vouloir se rendre sur la place pour apaiser la population.

Le commissaire ne crut pas devoir obtempérer à l'invitation de M. le président, mais il l'invita à lui envoyer l'huissier, à qui il ordonna de faire venir auprès de lui MM. Lager Jean-Joseph et Lager [Franz-Joseph].

Le commissaire déclara à ces deux Messieurs que, puisqu'ils avaient été choisis par la population de Münster pour aller à Sion auprès du Conseil d'Etat, il devait supposer qu'ils étaient ceux en qui le peuple avait le plus de confiance et qu'ils devaient par conséquent avoir de l'influence parmi leurs combourgeois. Dans cette supposition, ils étaient donc invités à se rendre sur la place pour engager le peuple à cesser ses cris et ses vociférations, et à se montrer calme et tranquille s'il voulait que le commissaire se rende à l'assemblée ; ce qu'il était bien décidé à ne pas faire tant qu'on ne lui donnerait pas l'assurance de l'écouter avec calme et sang-froid, et de ne point le troubler dans les différentes opérations qu'il avait à faire pour remplir les instructions qui lui avaient été données par le gouvernement. Ces deux Messieurs promirent de faire leur possible.

Effectivement, vers les 8 heures et trois quarts, ils vinrent avertir le commissaire qu'il pouvait maintenant se rendre à la maison communale, où il serait immédiatement suivi par la population qui avait promis de se montrer calme.

Le commissaire, accompagné de M. le président, de M. le grand châtelain du dizain et des membres du Conseil communal, dut, pour se rendre

de l'auberge à la maison communale, traverser ce groupe si furieux un instant avant et si calme maintenant. A la vue de leur président, quelques voix s'élevèrent cependant en proférant quelques mots injurieux. Le commissaire s'arrêta et, fixant ceux qui avaient lâché des injures, il les avertit d'un ton ferme qu'il n'avait pas été envoyé par le gouvernement pour entendre adresser des injures ni à leurs autorités, ni même entre eux ; que s'ils voulaient recommencer la scène du matin, il se retirerait, laissant sur les turbulents toute la responsabilité de sa retraite, ajoutant qu'ils ne devaient pas ignorer quels en seraient les résultats. Un seul répliqua quelques mots, mais il fut contraint à se taire par ses combourgeois.

Le commissaire entra alors à la maison communale où il fut suivi par toute l'assemblée.

Après que le président eut déclaré la séance ouverte, le commissaire fit procéder par le secrétaire communal à la lecture de sa lettre de créance ; puis il avertit les habitants de Münster, dans une courte allocution, à demeurer calmes pendant la séance et de ne pas se jeter dans des discussions hors de propos, discussions qui ne feraient que prolonger la séance et qui n'amèneraient aucun bon résultat, vu que les instructions du commissaire étaient claires et précises et qu'il lui était impossible de s'en écarter.

Ensuite il fit donner lecture de la pièce signée le 5 juillet par les deux délégués de la commune de Münster auprès du Conseil d'Etat, puis la lecture de la déclaration du Conseil d'Etat sous date du 5 juillet.

Après ces différentes lectures, le commissaire invita les détenteurs illégaux des clefs à déclarer devant l'assemblée générale qu'elles avaient été remises entre les mains de M. le président d'une manière polie et respectueuse. Non seulement cette déclaration fut faite, mais les clefs furent de nouveau déposées sur la table en présence du commissaire, qui les remit à M. le président.

Celui-ci en remit une *illico* au trésorier communal et déclara qu'il gardait l'autre ensuite du refus de M. le vice-président d'en être le détenteur.

Après cette opération, le commissaire demanda à M. le président s'il désirait qu'un inventaire fût fait en présence du commissaire des valeurs qui existaient en caisse. M. le président répondit que cet inventaire avait déjà été fait en présence de MM. de Lavallaz et Lorétan, commissaires du gouvernement, et qu'il jugeait un second inventaire comme inutile.

Le commissaire demanda encore à M. le président si les valeurs qui avaient été prélevées d'une manière illégale et distribuées entre les communiens, avaient été réintégrées dans la caisse. M. le président répondit affirmativement en présence de toute l'assemblée.

Le commissaire fit procéder ensuite à la signature de la pièce intitulée *Unterwerfungs-Urkunde*. Quelques observations furent faites concernant cette pièce ; voici les principales. D'abord le mot *unbedingt* donna lieu à discussion ; ce mot fut interprété de bien des manières, et malgré les peines du commissaire et de quelques autres qui en avaient saisi le sens, à leur expliquer ce mot, il fut établi que la majorité de l'assemblée ne comprenait pas ce mot et ne s'y soumettait pas par conviction, mais bien comme y étant contrainte par la force des choses et avec une répugnance visible.

Le payement des frais fournit aussi matière à des observations. Selon l'art. 3 de la pièce ci-dessus citée, les frais devaient être assumés par les signataires de la pièce du 24 janvier dernier ; mais ceux-ci prétendaient qu'il y avait des coupables hors des signataires de cette liste, et qu'il leur paraissait juste que ceux-là eussent aussi à supporter leur part de frais. Le commissaire crut devoir leur donner l'assurance que si, ensuite des instructions juridiques, il résulterait qu'un ou plusieurs coupables dussent se trouver hors des signataires de la pièce du 24 janvier dernier, ils seraient certainement contraints à payer les frais faits en proportion de leur culpabilité.

Quant au rembour des frais faits jusqu'à ce jour, frais que le commissaire a fixés au plus à 250 frs., il a été répondu que la plupart des ménages se trouvaient hors d'état de pouvoir payer leur part dans cette saison.

Le commissaire ayant insisté à ce qu'au moins la moitié de ces frais fussent payés de suite, il fut de nouveau répondu que la commune ne pourrait pas même payer la moitié de cette somme dans ce moment et qu'elle priait le Conseil d'Etat de bien vouloir patienter que les particuliers aient pu vendre quelques denrées et en obtenir eux-mêmes le payement avant d'exiger le rembour. Le commissaire ne crut pas devoir insister davantage sur le rembour immédiat de ces frais, d'autant moins que le conseiller Jean-Joseph Lager s'offrit spontanément comme caution de ces frais, si deux autres combourgeois voulaient se joindre à lui. Après quelque hésitation, M. le grand châtelain Weger se joignit au susnommé conseiller Lager sous la condition que le sieur Ferdinand Lager veuille bien être le 3<sup>e</sup> pour cautionner le montant des frais sus-énoncés. Ce n'est qu'avec beaucoup de peines que le commissaire et les deux autres cautions parvinrent à vaincre la répugnance du sieur Ferdinand Lager à être le 3<sup>e</sup> pour cautionner le payement des frais à la charge de la commune ; enfin, il se détermina à sanctionner de sa signature l'acte de cautionnement.

Le commissaire ayant épuisé la liste nominative du 24 janvier dernier et chacun de ceux qui furent appelés étant venu apposer sa signature ou sa marque de maison, la séance fut terminée par une courte exhortation de la part de M. le commissaire engageant la commune de Münster à la paix et à l'union.

Le commissaire soussigné ne peut laisser passer sous silence quelques remarques qu'il a faites pendant le court laps de temps qu'ont duré ses fonctions.

Pendant l'assemblée, la population s'est généralement montrée calme et réfléchie; quelques propos inconsidérés et peu respectueux proférés par les plus turbulents ont de suite été réprimés par la majorité de l'assemblée. Pendant la scène du matin, avant la réunion, c'est Baptiste Werlen et Joseph Anton Lager qui se sont surtout fait remarquer par leurs cris et leurs propos pour animer leurs concitoyens. Leurs attaques se dirigeaient surtout contre M. le châtelain Pierre Guntern, contre son frère Baptiste et contre M. le président. Le commissaire doit cependant dire à la louange de la population de la commune de Münster, que la grande majorité ne s'est pas laissée émouvoir par les excitations de quelques mutins; bien loin de là, il lui a paru qu'elle a presque montré de l'indignation contre ceux qui ne cessaient de vouloir l'exciter à la révolte par leurs vociférations.

Le commissaire croit ne pas devoir laisser ignorer les bruits qui circulent parmi les populations du dizain de Conches; bruits qui n'étant pas démentis s'accréditent dans le public et tendent à diminuer le respect et l'obéissance dus au pouvoir exécutif, en le faisant passer pour faible et comme étant sans énergie. On disait que les troupes commandées pour marcher contre Münster avaient refusé d'obéir aux ordres du Conseil d'Etat et qu'elles ne marcheraient pas; on disait que, dans les communes du Valais oriental, on avait engagé et même sollicité les deux délégués du peuple, qui se sont présentés au Conseil d'Etat le 5 juillet, à ne pas descendre plus bas et à résister aux ordres du Conseil d'Etat; qu'ils trouveraient de l'appui dans tous les dizains supérieurs, etc., etc.

Les mécontents de Münster répandent le bruit qu'ils ne sont plus maîtres maintenant de leurs biens communaux, ni même des fonds qu'ils ont dans la caisse communale; que le Conseil d'Etat s'attribue le droit d'en disposer à son gré et que par là leur liberté est anéantie. La véritable question, ou plutôt la véritable cause des désordres qui se sont succédé dans la commune de Münster est inconnue à la grande majorité des communes voisines, lesquelles accueillent les bruits les plus absurdes et prêtent, en jugeant d'après ces bruits, au pouvoir exécutif l'intention de vouloir les opprimer.

Le commissaire prend la respectueuse liberté d'émettre ici le vœu que le Conseil d'Etat fasse connaître par une proclamation (ou par tout autre moyen qu'il jugerait plus convenable), qu'il fasse connaître, dis-je, au peuple valaisan, ou au moins aux communes du dizain de Conches, un résumé des différends qui ont causé les désordres dont Münster a été le théâtre, ainsi que des mesures prises par le pouvoir exécutif pour les réprimer. Une exposition claire



et succincte des faits ramènerait bien des esprits égarés par un tissu de mensonges.

Avant de terminer ce rapport, le commissaire croit encore devoir faire connaître au Conseil d'Etat qu'il croit avoir remarqué que le conseiller Jean-Joseph Lager avait beaucoup contribué à ramener ses concitoyens à des sentiments plus respectueux et plus raisonnables. Pendant tout le temps que le commissaire du gouvernement a séjourné à Münster, il a pu se convaincre que ledit sieur Jean-Joseph Lager s'efforçait à engager ses combourgeois à la soumission aux ordres du gouvernement et à l'union entre citoyens de la même commune. Son offre spontanée de servir de caution pour les frais à la charge de la commune a bien aussi son mérite.

Le commissaire termine ce rapport en remerciant le Conseil d'Etat de la confiance qu'il a daigné lui accorder en le chargeant d'une mission qui, en principe, ne paraissait pas être dénuée de difficultés ni même de dangers; deux fantômes qui ont totalement disparu aux yeux même des plus craintifs par la réussite complète de sa mission.

#### *Résumé de la votation du 8 juillet 1842*

La pièce du 24 janvier 1842 était signée par 81 individus.

La rétractation a été signée, savoir :

61 présents :

par 45	bourgeois	qui ont signé leurs noms,
» 15	»	qui ont apposé leur marque de maison,
» 1	»	qui a déclaré n'avoir jamais signé la pièce du 24 janvier, mais que son père l'avait signée pour lui.

20 absents :

» 1	»	était à l'école militaire à Sion,
» 1	»	porteur de lettres se trouvait absent pour son service,
» 10	»	se trouvaient sur les alpes et dans l'impossibilité de se trouver à l'assemblée,
» 2	»	inhabiles à voter n'ayant pas l'âge requis,
» 3	»	décédés dès le 24 janvier,
» 3	habitants	n'ayant pas le droit de voter.

Total 81

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

**Sitten, August 1842. — Unkosten, welche den nach Münster beordneten  
Regierungskommissären aus der Staatskasse vergütet wurden**

1842

Février	21.	A MM. Antoine de Lavallaz et Lorétan	Fr.	78.80
Juillet	8.	A M. Wellig, président du dizain de Conches	Fr.	67.50
Juillet	16.	A M. Guntern François, huissier du tribunal dudit dizain	Fr.	5.—
Juillet	30.	A M. le commandant Joseph de Nucé	Fr.	37.70
Août	1.	A M. le conseiller d'Etat de Rivaz	Fr.	44.65
			total	Fr. 233.65

(Orig., unsigned.)

**Münster, den 9. November 1842. — Schreiben des Großkastlans  
Eugen Weger an den Vorsteher des Departementes des Innern**

Indem ich durch Ihr hohes Schreiben vom 4. November 1842 aufgefordert worden bin, dahin zu wirken, daß die Kosten, welche die Zerwürfnisse Münsters laufenden Jahres zur Folge hatten, der Staatskasse vergütet werden, so zeige ich Hochihnen hiemit an, daß man zur Abzahlung der verlangten Summe von 233 Fr. 65 Rp. bereit sei. Weil aber der Bürgsman Franz Joseph Lager wirklich abwesend ist, und man vorerst über den Beleg erwähnter Summe von der Hohen Regierung eine ausführliche Note zu erhalten wünscht, so bitte ich Hochsie auf die Abzahlung dieser 233 Fr. 65 Rp. auf eine kurze Zeit gütigst Verzicht tun zu wollen.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

**Münster, den 22. November 1842. — Schreiben des Großkastlans  
Eugen Weger an den Vorsteher des Departementes des Innern**

Zur Vergütung der Unkosten, welche die Staatskasse in betreff der am 27. Dezember 1841 in der Gemeinde Münster ausgebrochenen Unruhen für einstweilen zu ertragen hatte, werden hiedurch Hochihnen die verlangten 233 Fr. 65 Rp. eingesendet, wofür man um einen Empfangsschein bittet.

Überdies wird auch der Hohen Regierung hiemit gedankt, daß Hochselbe gegen die verirrte und straffbare Gemeinde Münster so väterlich schonend gehandelt hat. Daher wird auch bei Hochderselben die demütige Bitte eingelegt, nicht mehr an die Fehlritte der Verirrten zu denken, sondern selbe Ihrer väterlichen Liebe und Ihres Schutzes gütigst wieder würdigen zu wollen.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

**Münster, den 11. Dezember 1842. — Schreiben des Gemeindepräsidenten  
Valentin Bacher an den Vorsteher des Departementes des Innern**

Indem ich in betreff der am 27. Dezember letztverflossenen Jahres ausgebrochenen Unruhen Münsters von der Untersuchungskommission durch ein Schreiben vom 9. laufenden Monats aufgefordert bin, innerhalb acht Tagen die Personen, welche über diesen Streit- und Verleumdungshandel die beste und bestimmteste Kenntnis haben möchten, namentlich und schriftlich einzusenden, so finde ich mich dadurch in eine Verlegenheit versetzt, aus der ich mich nicht herausziehen will ohne vorerst bei Hochihnen hierüber Rat zu schöpfen, was hierin falls nun zu tun sei.

Hochsie wissen es aus den frühern Berichten, daß der Vorstand diesfalls keine unparteiischen Zeugen vorweisen kann. Und sollte derselbe gezwungen werden, einige Zeugen demungeachtet der Untersuchungskommission einzusenden, so würde ohne Zweifel die Gegenpartei, welche bereits schon entzweit ist, und daher sich gegen den Vorstand nun ziemlich ruhig verhält, sich wider den Vorstand neuerdings verschwören, in Wut ausbrechen, und selben mit ewiger Rache verfolgen. Hochsie sehen also die mißliche Lage, in der sich der Vorstand Münsters wirklich befindet.

Daher bitte ich Hochsie demütigst, mir gütigst ein Mittel an die Hand geben zu wollen, um dieses zu befürchtende Übel ausweichen zu können. Daher werde ich der Untersuchungskommission keine Antwort geben, bis ich von Hochihnen auf mein Schreiben eine Antwort werde erhalten haben. Und weil die Sache Eile hat, so bitte ich demütigst, Hochsie möchten dem Überbringer dieses Schreibens die mir zu sendende Antwort mitteilen.

Indessen vertrauend auf Ihre Gewogenheit, die in meinen unglücklichen Leidensstunden meinem Herzen so oft ein heilender Balsam war, verharre ich mit dem wärmsten Danke, mit der innigsten Empfehlung und aller Hochachtung.

N.B. Ich muß Hochihnen noch bemerken, daß die Untersuchungskommission deswegen vom Vorstande diese Zeugeneingabe abgefordert hatte, weil das Gerede zirkulieren solle, sie habe nur solche Zeugen in Verhör genommen, welche in dieser Sache keine oder nicht hinlängliche Kenntnis hatten. Dieses Gerede wurde aber vom Vorstande nie ausgestreut.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

**Münster, den 23. Dezember 1842. — Schreiben des Gemeindepräsidenten  
Valentin Bacher an Staatsrat de Rivaz, Vorsteher des Departementes  
des Innern**

Trostvoll und ermunternd war für mich Ihr hohes Schreiben vom 14. des laufenden Monats, wodurch ich mich nun so väterlicherweise belehrt sehe, welche Maßregeln ich ergreifen solle, um die Gemeindsbehörde Münsters vor dem Anfall einer neuen Verfolgungswut zu sichern, welche die von der Untersuchungskommission begehrte Zeugeneingabe wider die Unruhestifter des 27. Christmonats 1841 zur Folge haben würde. Erlauben Hochsie mir aber gütigst, vorerst einen Umstand erwähnen zu dürfen, worüber ich erst vor einigen Tagen in Kenntnis gesetzt wurde.

Die Untersuchungskommission hat in ihrer letzten Sitzung einen Vorsteher in Verhör genommen, welcher ihr für die Entdeckung dieser Unruhestifter und Schimpfer eine solche Anleitung gegeben hat, wozu ich und die übrigen Vorsteher nicht vieles hinzuzusetzen wissen würden. Sollte demnach eine hochweise Regierung es für gut erachten, der Untersuchungskommission

den Auftrag mitzuteilen, daß sie gemäß obiger Anleitung für die Untersuchung dieses Handels fernere Schritte tun möchten, so würde dadurch dem sämtlichen Vorstände nur desto mehr geschont werden. Doch überlasse ich alles vertrauensvoll der Klugheit des hochweisen Staatsrates. Sollte es aber den Gesetzen, der Gerechtigkeit und dem öffentlichen Wohle nicht zuwiderlaufen, wenn der Hohe Staatsrat hierin falls eine fernere Untersuchung für immer einstellen würde, so wäre dieses von Seite des Vorstandes die demütigste Bitte, daß Hochderselbe nachsichtsvollst unsere verirrtten Mitbürger verschonen möchte.

Erlauben Hochsie mir, hier noch eine Bemerkung zu machen. Ich halte dafür, daß, wenn die Hohe Regierung sich erklären würde, daß diejenigen zu einer gelinden Strafe gezogen werden, welche, sich erdemütigend, ihre begangenen Fehlritte aus eigenem Antriebe der Untersuchungskommission aufrichtig gestehen würden, diese Äußerung nicht ohne Wirkung bleiben würde. Doch sei es ferne von mir, daß ich mich an den hierin falls getroffenen Maßregeln einer hochweisen Regierung vergreifen wolle, da vielmehr meine diesfällige Ansicht nur dann gelten soll, wenn die Klugheit des Hohen Staatsrates selbe billigen würde.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

**Münster, den 17. Januar 1843. — Schreiben des Gemeindepräsidenten  
Valentin Bacher an den Vorsteher des Departementes des Innern**

Bei der bereits angelangten zweimonatlichen Wahlepoche für die Erneuerung der Gemeindsbehörde dringt sich mir aus dem bestehenden Wahlgesetze eine Bedenklichkeit auf, um deren Lösung ich einen Hohen Staatsrat dringendst ersucht haben möchte. Die Gesetzesbestimmung lautet nämlich dahin, daß die größere Bruchzahl des bestehenden Gemeinderates in seiner Amtswirksamkeit zu verbleiben habe, ohne jedoch näher zu bestimmen, ob die Festsetzung der zu verbleibenden Ratsglieder einer neuen Wahl oder gar dem Lose anheimgestellt werden solle. Voraussehend, daß diese Lücke im Wahlgesetze leicht zu einem neuen Zankapfel werden könnte, indem dieser Gesetzesartikel manches fein gesponnene Projekt zu zernichten droht, muß ich sehnlichst wünschen, im Notfalle durch Aufweisung einer staatsrätlichen Erklärung jeder Zwistigkeit diesfalls vorbeugen zu können.

So sehr ich und meine Kollegen unserer Amtslast baldmöglichst entbunden zu werden wünschen, so halten wir es doch für rätlich, mit der Wahl-erneuerung einstweilen noch zu zögern, um vorerst über die gerichtliche Untersuchung, falls dieselbe fortgesetzt werden sollte, Hochihnen einige Bemerkungen nachzutragen. Wir sind nämlich seither zur Kenntnis gelangt, daß das Gericht durch Abhörung der Zeugen, welche von dem eingetagt gewordenen Vorsteher angegeben worden sind, leicht auf den wahren Urheber der gegen die Behörden erhobenen Schmähungen geführt werden müsse, so zwar, daß es in keinem Falle mehr notwendig sein würde, dem Vorstände die mißliche Rolle eines Anklägers aufzuerlegen. Indessen aber bemüht sich der seiner Schuld Wohlbewußte, den kommenden Wahltag zur scheinbaren Ehrenrettung zu benutzen, um so, anstatt gezügelt zu werden, andere zügeln zu können. Dazu fehlt es nun um so weniger an Mut, als durch die plötzliche Unterbrechung der gerichtlichen Untersuchung der Glaube verbreitet worden ist, daß der Sache keine weitere Folge mehr gegeben werden. Sosehr der Vorstand mit Aufopferung selbst zart berührender Rücksichten diesen Glauben noch immer gerne verwirklicht sehen möchte, so bedenklich schien es ihm im entgegengesetzten Falle, erst in späterer Zeit die gerichtliche Untersuchung wieder angehoben und fortgesetzt zu sehen. Denn einmal den Gegner an seine Stelle gesetzt, wofür aus allen Kräften gearbeitet wird, ist dadurch plötzlich ein weit größerer Spielraum der Verwirrung und Parteiung geöffnet. Wie und was erst, wenn das entehrende Urteil den Mann in der Mitte des künftigen Vorstandes suchen sollte? — Wahrlich, von dieser Unehre möchten wir die Burgschaft Münster ebenso gerne verwahrt wissen, als von der Gefahr neuer dadurch zu entstehender Zerwürfnisse. Diesem allem aber vorzubeugen, scheint uns kein geeigneteres Mittel, als entweder gänzliche Unterbleibung jeder ferneren Untersuchung, oder dann eine tätige, rastlose Fortsetzung derselben, in welchem letzten Falle das Gericht von dem Hohen Staatsrate dazu eilig aufgefordert werden möchte.

Welche von beiden Wegen Hochdesselben Klugheit einzuschlagen denkt, so bitte ich demütigst, mir hierüber so wie über den ersten Punkt gütigen Aufschluß erteilen zu wollen.

(Orig., eigenh. Unterschrift.)

## Verzeichnis der stimmfähigen Bürger Münsters

- |                                     |                                      |
|-------------------------------------|--------------------------------------|
| 1. Herr Weger, Großkastlan          | 53. Lagger Anton                     |
| 2. Guntern Franz, Weibel            | 54. Nessier Thomas                   |
| 3. Guntern Anton                    | 55. Nessier Thomas, Sohn             |
| 4. Zehner Franciscus                | 56. Nessier Peter Joseph             |
| 5. Zehner Franz Joseph              | 57. Werlen Joseph Valentin           |
| 6. Zehner Joseph Anton              | 58. Thenen Bartholomäus              |
| 7. Imsand Anton                     | 59. Thenen Joseph Anton              |
| 8. Imsand Johann Baptist            | 60. Nessier Franciscus               |
| 9. Zehner Franz Joseph              | 61. Nessier Jos. Christian           |
| 10. Zehner Franz Joseph, Sohn       | 62. Lagger Franz                     |
| 11. Guntern Baptist                 | 63. Imoberdorf Joseph Ignaz          |
| 12. Imoberdorf Anton                | 64. Imoberdorf Franz Joseph          |
| 13. Imoberdorf Joseph Anton, Sohn   | 65. Imoberdorf Jos. Valentin         |
| 14. von Riedmatten Joseph           | 66. Thenen Lorenz                    |
| 15. von Riedmatten Johann Christian | 67. Lagger Joseph Bonifaz            |
| 16. Lagger Aloys                    | 68. Lagger Joseph Anton              |
| 17. Thenen Joseph Anton             | 69. Jergen Johann Christian          |
| 18. Lagger Dominikus                | 70. Werlen Johann Baptist            |
| 19. Thenen Joseph Anton             | 71. Imsand Joseph                    |
| 20. Lagger Ferdinand                | 72. Imoberdorf Johann Baptist        |
| 21. Lagger Joseph Anton             | 73. Imoberdorf Joh. Baptist, Sohn    |
| 22. Lagger Peter Anton              | 74. Imsand Xaver                     |
| 23. Jergen Melchior                 | 75. Imsand Johann Joseph             |
| 24. Jergen Anton                    | 76. Imsand Johann                    |
| 25. Lagger Johann Joseph            | 77. Imsand Moritz                    |
| 26. Guntern Sebastian               | 78. Imsand Joseph                    |
| 27. Bacher Valentin, Präsident      | 79. Imsand Peter Adrian              |
| 28. Bacher Louis [gestrichen]       | 80. Lagger Peter Joseph              |
| 29. Bacher Franz Joseph             | 81. Imsand Wendelin                  |
| 30. Lagger Franciscus               | 82. Imsand Johann Baptist            |
| 31. Lagger Fridolin                 | 83. Imsand Peter Ignaz               |
| 32. Imoberdorf Joseph               | 84. Imsand Salesius                  |
| 33. Lagger Johann Joseph            | 85. Imsand Johann Baptist            |
| 34. Zehner Joseph                   | 86. Imsand Johann Joseph             |
| 35. Imsand Felix                    | 87. Imsand Joseph Anton              |
| 36. Imsand Felix                    | 88. Imsand Justinus                  |
| 37. Jergen Peter Joseph             | 89. Imsand Joseph                    |
| 38. Werlen Peter                    | 90. Guntern Andreas                  |
| 39. Werlen Franz Joseph             | 91. Lagger Joseph Anton              |
| 40. Thenen Johann Christian         | 92. Thenen Johann Joseph             |
| 41. Thenen Franz Joseph             | 93. Thenen Cyprianus                 |
| 42. Thenen Peter Joseph             | 94. Werlen Joseph Anton              |
| 43. Thenen Peter Joseph, Sohn       | 95. Imsand Casparus                  |
| 44. Thenen Johann Joseph            | 96. Lagger Franz Joseph              |
| 45. Bacher Peter                    | 97. Imsand Johann Baptist            |
| 46. Bacher Franz                    | 98. Imsand Johann Christian          |
| 47. Jost Peter                      | 99. Imsand Johann Baptist            |
| 48. Lagger Adrian                   | 100. Herr Guntern Peter, Kastlan     |
| 49. Lagger Franz                    | 101. Werlen Sebastian, Vizepräsident |
| 50. de Riedmatten Peter Adrian      | 102. Lagger Valentin, Vorsteher      |
| 51. de Riedmatten Anton             | 103. Lagger Joseph Anton             |
| 52. Imsand Joseph                   |                                      |

(Orig., Schrift des Gemeindeschreibers Anton Lagger, unsigniert.)